

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht 4198-4199



Redaktion für Berlin und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Zehn-Williams-Platz 6
Telefon: Copalring

Die Ausgabe erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung gegeben. Abnahme beträgt 4 Bogen
bei dem Druckverleger, wenn nicht anders bestimmt ist. Abnahme für alle Teile 4 Bogen.

Berlin, den 20. Januar 1932.

Die Lawine rollt.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Unser Kampf gegen den Faschismus.

SPD. Vor einiger Zeit wurde in einem grossen südwestdeutschen Blatte eine Statistik veröffentlicht über die Versammlungstätigkeit der politischen Parteien im weiteren Umkreise von Frankfurt am Main. Die Statistik erwies, dass Nationalsozialisten und Stahlhelm zusammen weitaus vor allen anderen politischen Parteien und Gruppierungen marschierten, sie zeigte eine Aktivität der Feinde der Republik, die zu denken geben musste. Fiel auch in die von der Statistik erfasste Zeit das Volksbegehren der Reaktion gegen das demokratische Preussen, dem eine aktive Abwehr nicht entgegengesetzt wurde, so war dennoch das Bild überaus bedeutsam. Es bildete die Grundlage, auf der sich der Machtwille, der Uebermut und die politische Dreistigkeit der Gruppen aufbaute, die sich dann in der Harzburger Front zusammengeschlossen haben.

Das ist jetzt anders, ganz anders! Die unverhohlenen Drohungen der Harzburger Front gegen die Demokratie, gegen Recht und Freiheit, gegen die Verfassung der Deutschen Republik, gegen das Recht und das Wesen der Republikaner hat die republikanischen Kräfte in Deutschland aufgerüttelt. Woche um Woche geht die Versammlungslawine der Eisernen Front weiter, Woche um Woche sind Tausende von Republikanern am Werke, um im ganzen Reiche, im Norden und Süden, Osten und Westen, in den Städten und auf dem Lande den Widerstandswillen gegen das faschistische Verbrechen zu wecken und zu stählen!

Die Bildung, die Sammlung, der Vormarsch der Eisernen Front: das ist die Antwort des arbeitenden Volkes auf die reaktionären Gelüste der Harzburger Eisernen Front: Das ist der Ausdruck der gesammelten Kraft und des Freiheitswillens der deutschen Arbeiterschaft. Die Führer der Reaktion, die sich dem Glauben hingegeben haben, dass eine Schlammflut niedrigster Demagogie von Lüge und Verleumdung und die Aufstellung einer Bürgerkriegstruppe mit dem Gelde der Reaktion genüge, um die Demokratie einzuschüchtern und die Demokraten in Deutschland totzuschlagen, haben eine falsche Rechnung aufgemacht. Die freiheitliche deutsche Arbeiterschaft lässt sich nicht einschüchtern. Sie ist nicht gesonnen, sich versklaven zu lassen, weder von aussen noch im Innern. Ihr Ziel ist die Freiheit, die Freiheit nach aussen im Bunde freier Völker, und die Freiheit nach innen. Die Eisernen Front ist der Hort der deutschen Freiheit, sie ist der Schutzwall der Freiheit der deutschen Nation! Ein Volk, das sich im Innern versklaven liesse, könnte auch nach aussen niemals frei sein. Nicht im Lager der deutschen Reaktion, die die deutschen Arbeiter zu Knechten machen will, sondern im Lager der Arbeiterschaft ist daher die Freiheit und Zukunft Deutschlands.

Als im Jahre 1923 die Reaktion sich am Ziel ihrer Hoffnungen glaubte, als sie in bitterer wirtschaftlicher Not das Ende der Demokratie kommen glaubte, erging nach der politischen Krise der Ruf zur Bildung des Reichsbanners. Die Regimenter der Freiheit im Zeichen der demokratischen Verfassung formierten sich und setzten die Feinde der Verfassung in Respekt. Jetzt, wo abermals

in bitterster Notzeit die Feinde der Freiheit nach der Macht greifen wollen, marschiert aufs neue die Abwehrfront auf. Es sind nicht mehr Regimente und Armeen, es ist ein Volk! Es ist nicht das Reichsbanner allein, es ist der einheitliche Wille der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Arbeitersportler und aller Kulturorganisationen der Arbeiterschaft. Es ist der Widerstandswille gegen die Kräfte des Faschismus, der weit noch über diesen Kreis hinaus freiheitliche Gewerkschaftler aus allen Lagern aller aufrechten Republikaner aus den bürgerlichen Parteien in seinen Bann zieht.

Wer in Deutschland die Demokratie mit Füßen treten und das deutsche Volk knechten will, wird auf den unbesiegbaren Widerstand der Eisernen Front stoßen. Die Spreu des bürgerlichen Indifferentismus, der Klüngel der kleinen Interessentenparteien, in denen alle grossen politischen Gesichtspunkte durch bornierten Eigennutz totgeschlagen werden, mag vor dem Angriff des Faschismus widerstandslos zerstreuen - an der Eisernen Front aber wird sich der verbrecherische faschistische Wille brechen. Deshalb erkennen auch die Kreise des Bürgertums, die noch nicht den letzten Rest von politischem Verstand verloren haben, dass ihr Platz an der Seite der freiheitlichen Arbeiterschaft ist. Deshalb die Bildung der bürgerlichen Aktion, deshalb das Bekenntnis, dass nur im Bunde mit der Arbeiterschaft die Freiheit Deutschlands und seine Zukunft gesichert werden kann.

Es ist aktiver Widerstandswille, der jetzt durchs Land rollt. Die Eiserne Front wartet nicht auf den Tag, an dem der Faschismus zum Schlage ausholen will. Sie fängt schon vorher den erhobenen Arm auf. Sie geht zum geistigen Gegenangriff über. Sie weckt die Leidenschaft für die Freiheit und das Recht, sie dringt vor im Volk. Ihre Existenz und ihre Aktion ist eine ernste Mahnung. Wer in Deutschland Verfassung und Recht angreift, der wird auf die gesammelte eiserne Kraft stoßen. Wer zu den Waffen gegen die Verfassung greifen will, wird die eiserne Faust der deutschen Arbeiterschaft zu spüren bekommen.

Diesem gewaltigen Aufmarsch für Freiheit und Verfassung steht die Reichsregierung bisher kühl gegenüber. Was wäre die heutige Reichsregierung ohne diesen Willen zum Recht, zur Verfassung und zur Freiheit, ohne diesen Willen zum Widerstand gegen alle faschistischen Machtpläne. Was hat die Reichsregierung für die Sache des Rechts und der Freiheit getan, das sich dem vergleichen liesse, was die Organisation und die Männer der Eisernen Front getan haben. Was die Regierung versäumt, das muss das arbeitende Volk selbst tun. Die Eiserne Front ist der Ausdruck unseres Kraftbewusstseins. Die Eiserne Front marschiert. Das Volk horcht auf, es schliesst sich an. Schon ändert sich stark das innerpolitische Bild. Immer weiter vorwärts: Die Lawine gegen den Faschismus rollt bereits!

SPD. Anmassend und grössenwahnsinnig wie die Herren Nazis nun einmal sind, fordern sie tag-täglich den Rücktritt Brüning's und die Uebergabe der Macht an den Scharlatan Hitler.

Auf dieses Gebrülle nach der Macht antwortet die Zentrums-Korrespondenz: "Brüning wird das Feld nicht räumen; denn Hitler hat absolut kein Recht auf die Macht. Er wird sie auch in einer Neuwahl nicht erringen, wird immer in der Minderheit bleiben."

SPD. Frankfurt/M., 20. Januar (Eig. Dr.)

In der Mittwochsitzung des Favagprozesses wurde die Frage der Kautionsbilanz behandelt. Der Angeklagte Dr. Kirschbaum, der verantwortliche Leiter der Bilanzabteilung, konnte keinen genauen Aufschluss geben über zahlreiche Abschreibungen, die auf eine Bilanzverschleierung hindeuten. Gegen den Vorwurf des Staatsanwalts, dass für ein und dieselbe Bilanz oft mehrere Entwürfe mit verschieden hoch bewerteten Posten im Beweismaterial vorhanden seien, konnte der Angeklagte nichts stichhaltiges erwidern.

Vernommen wurde ferner ein von dem angeklagten Direktor Mädje benannter Zeuge, Direktor Freysoldt von der Concordia-Lebensversicherungs A.G. in Köln, der sich ausdrücklich als Freund des Angeklagten bezeichnete und auch recht günstig für seinen Freund aussagte. Der Zeuge hat von Direktor Mädje wiederholt gehört, dass man bei der Favag "grosszügig im Verdienen, aber auch grosszügig im Verdienenlassen gewesen sei". Der Angeklagte Mädje sei gewiss von der Ehrlichkeit und Lauterkeit der Favag überzeugt gewesen. Der Staatsanwalt hielt diesem Zeugen entgegen, dass dieses Urteil doch wohl zu weit ging, da der Zeuge von den wirklichen Zusammenhängen sich kein richtiges Bild machen könnte.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags befasste sich am Mittwoch in mehrstündiger Aussprache mit der Lage der deutsch-oberschlesischen Industrie und der finanziellen Inanspruchnahme des Reichs durch diese Industrie. Die Beratung wurde als vertraulich bezeichnet.

Anschliessend kam ein bereits am 10. Oktober gestellter kommunistischer Antrag zur Beratung, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, keinen Lohnabbau, sondern eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter des Reichs, der Länder, Gemeinden und der Reichsbahn auf den Stand vom 1. März 1931 vorzunehmen. Der Vorsitzende, Abg. Heimann (Soz), machte darauf aufmerksam, dass sich die Lage seit der Einbringung des Antrags erheblich geändert habe durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Eine Änderung dieser Notverordnung sei formal nur möglich durch ein Initiativgesetz. Nach der Begründung des Antrags durch einen der Antragsteller gab Abg. Keil (Soz) folgende Erklärung ab:

"Wir missbilligen nicht nur die Lohnkürzungen, von denen die Arbeiter der öffentlichen Betriebe betroffen worden sind, sondern die gesetzmässig angeordneten Lohnkürzungen überhaupt, vor allem auch diejenigen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember verfügt worden sind. Wir sehen aber angesichts der bestehenden politischen und parlamentarischen Machtverhältnisse zurzeit keine Möglichkeit, diese gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen und durch bessere zu ersetzen. Eine einfache Aufhebung etwa der Notverordnung vom 8. Dezember würde nicht die Rückgängigmachung der Lohnkürzungen bewirken, sondern zur Folge haben, dass durch eine neue Regierung für die Arbeiter noch viel nachteiligere Bestimmungen getroffen würden. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder würden sich deshalb an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag als eine leere Demonstration darstellt und durch die Zeit der Ereignisse überholt ist, nicht beteiligen."

Die Abstimmung ergab unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten die Ablehnung des Antrags.

SPD. München, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In einem hysterischen Schimpfartikel setzt Rosenberg in dem Münchener Nazi-Blatt seine Dolchstosspolemik gegen Reichskanzler Brüning fort. Er nennt den Kanzler einen Mann mit geradezu herausforderndem Mangel an politischer Bildung und einer sprichwörtlichen und grotesken Ungeschicklichkeit. Inbezug auf die Konferenz von Lausanne und die französische Sabotagepolitik schreibt

Rosenberg, dass heute niemand mehr glaubt, mit Brüning noch dauernde Verhandlungen einleiten zu können, denn was nütze eine Konferenz, wo man zuerst Brüning gegenüber sitze und dann mit Hitler unter ganz anderen Bedingungen von vorn anfangen müsse.

Die Franzosen haben zwar bisher mit diesem Argument gegen die Konferenz von Lausanne noch nicht operiert. Aber es wird bestimmt nicht lange dauern, bis sich die Pariser Chauvinistenblätter dieser, ihnen von einem Landesverräter aus Deutschland gelieferten These bedienen werden. Wie lange will die Reichsregierung diesen staatspolitischen Skandal noch dulden?

SPD. Im Bezirk Hannover hat die "Eiserne Front" für die Woche vom 31. Januar bis 7. Februar eine grosse Versammlungswelle organisiert. Seit der Gründung der "Eisernen Front" sind in dem Bezirk bereits 563 Versammlungen angemeldet worden. Die Zahl der angesetzten Versammlungen wird bis Ende dieser Woche allein im Bezirk Hannover auf rund 1000 ansteigen.

SPD. Braunschweig, 20. Jan. (Eig. Drahtb.)
Der SA-Mann Musiker Heymann aus Plauen/Vogtland, der während des SA-Treffens in Braunschweig am 17. Oktober den Arbeiter Heinrich Fischer durch Herzstich getötet hat, ist nach längerer Beobachtung in der Heil- und Pflegeanstalt Königsutter für geisteskrank erklärt worden. Er wird in diesen Tagen aus der Anstalt entlassen werden, da die Geisteskrankheit im Sinne des § 51 eine weitere Strafverfolgung ausschliesst. Er kann also bald wieder in die NSDAP eintreten und weiter morden!

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)
An dem Ausgang der Kammer-Debatte über die Regierungserklärung Laval ist nicht mehr zu zweifeln. Die Regierung wird ihre Mehrheit bekommen, selbst wenn die Sozialisten und die Radikalen aus innenpolitischen Gründen gegen sie stimmen. Aussenpolitisch besteht eine Einheitsfront von den Rechten bis zu den Sozialisten, wenn auch nicht für die Politik der Regierung, so doch für die Verteidigung der Interessen Frankreichs gegenüber Deutschland und Amerika.

In einer besonders unangenehmen Lage befinden sich die Sozialisten, die die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands anerkennen, sich aber der Tatsache gegenüber befinden, dass Amerika die Zahlung der Schulden verlangt.

SPD. Darmstadt, 20. Januar (Eig. Drahtb.)
Am Dienstag abend wurden bei mehreren Mitgliedern des Darmstädter Stahlhelm Haussuchungen vorgenommen. Bei dem Schlosser Schwarz wurden folgende Waffen gefunden: 2 Militärkarabiner, 2 französische Militärgewehre, 1 Pistole 08, 1 Selbstladepistole, 7 Trommelrevolver, 1 Fliegerbombe, 12 Seitengewehre, 1 Infanterie-Patrouillenmesser, 4 Säbel, 5 Stahlhelme, 136 Gewehr- und Pistolpatronen, 1 Infanteriespaten. Ausserdem beschlagnahmte die Polizei Tornister, Zeltbahnen, Handgranaten und eine Gasmaske. Bei zwei anderen Mitgliedern des Stahlhelms wurden beschlagnahmt: 1 Stahlhelm, 130 Infanteriepatronen, 30 Exerzierpatronen und 1 Seitengewehr.

SPD. Dresden, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage über die Uebernahme einer Staatsbürgerschaft beim Zusammenschluss der sächsischen Kraftwagenindustrie unterbreitet. Danach soll der Landtag seine Zustimmung zur Uebernahme der Bürgerschaft in Höhe von 6 Millionen Mark geben, die auf sechs Jahre befristet sein soll. Der Staat erhält als Sicherheit 6 Millionen Mark Aktien des neuen Autotrasts.

In der Begründung der Vorlage wird auf die Vorteile des Zusammenschlusses der sächsischen Kraftwagenindustrie hingewiesen. Jedoch spricht die Regierung in der Begründung nicht mehr wie früher davon, dass für 1932 ein höherer Umsatz als für 1931 (62½ Millionen Mark) zu erwarten sei, sondern nur noch davon, dass auch bei einem zu befürchtenden Absatzrückgang die Erhaltung der Werke nach ihrem Zusammenschluss als gewährleistet angesehen werden könne.

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Senator Paul Boncour, dem Vizepräsidenten der französischen Delegation für die Abrüstungskonferenz. Beim Verlassen des Innenministeriums erklärte Boncour, dass er bereits in den nächsten Tagen nach Genf abreisen werde. Aus dieser Erklärung schliesst man, dass Paul Boncour die französische Regierung auch in der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundsrates vertreten wird.

Das Gewerkschaftsorgan "Le Peuple" schreibt über die Annahme des Mandats durch Paul Boncour: "Die Bereitwilligkeit Paul Boncours, in die Abrüstungsdelegation einzutreten, ist eine Ueberraschung. Man konnte annehmen, dass der frühere sozialistische Abgeordnete sich das zweimal überlegen würde, oder ist der Wunsch, auf die politische Bühne zu steigen so gross, dass die Politiker ihrer Kaltblütigkeit beraubt werden? Man weiss zwar, dass Paul Boncour nicht viel Kaltblütigkeit besitzt, und dass er die Reklame liebt. Aber man konnte es sich nicht vorstellen, dass er es für möglich hielt, unter den gegenwärtigen Bedingungen hinter Tardieu und vor Dumesnil und vielen anderen die Rolle anzunehmen, die er in der Vorbereitenden Abrüstungskommission gespielt hat. Er wird in Genf nicht mehr dieselbe Atmosphäre vorfinden, als er sie gewohnt war. Er hat vergessen, dass er nicht mehr durch Briand gedeckt ist, und dass er der Gefangene einer Politik sein wird, die der des früheren Aussenministers entgegengesetzt ist. Adieu, Paul Boncour."

SPD. Der grösste Teil der Teilnehmer an dem nationalsozialistischen Bändenüberfall auf die Laubenkolonie "Felseneck" in Berlin-Reinickendorf konnte inzwischen verhaftet werden.

Der Ueberfall wurde, wie jetzt feststeht, in einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung vorbereitet. Trotzdem behauptet die Rechtspresse nach wie vor, dass die Nazis überfallen und angegriffen worden sind.

SPD. Halle, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Stilllegungen in dem um Halle gelegenen Braunkohlengebiet gehen weiter. Anfang Januar wurde die Brikettfabrik Kupferhammer bei Oberröblingen stillgelegt. Jetzt wird auch die Grube Walthers-Hoffnung stillgelegt. Es gelangen wieder über 500 Arbeiter zur Entlassung.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im hessischen Landtage eine Grosse Anfrage eingebracht, in der es heisst :

Der Landtagsabgeordnete Schäfer-Offenbach hat in verschiedenen Blättern einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wird, dass Angestellte der Gauleitung Hessen der NSDAP Aufnahmegebühren in sehr erheblichem Betrage für sich verwendet hätten. U.a. wird dort gesagt:

"Die Aufnahmescheine lagen zu Tausenden unerledigt bei der Gauleitung. Die Aufnahmegebühren von je 2 Mark pro Schein hatte die Gauleitung Hessen für sich verbraucht, statt sie ordnungsgemäss nach München abzuführen. Bettelpfennige, die sich mancher Erwerbslose am Munde absparte, wurden grosszügig in "Spesen" umgewandelt. Ein Standartenführer der SA wird sich an die Spesen für die Sektsauferei noch erinnern können. Obere SA-Führer saufen Sekt, die einfachen SA-Leute dürfen Beiträge zahlen und mit zerrissenen Stiefeln herumlaufen."

Wenn diese Behauptungen Schäfers richtig sind, so sind hier schwere Eigentumsdelikte begangen worden. Es wird daher angefragt, warum noch kein Strafverfahren oder die sonst bei solchen Delikten übliche Untersuchung eingeleitet wurde. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Durchführung der Strafgesetze auch diesen Delikten gegenüber sicherzustellen?

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Landesausschuss des dem sozialistischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen französischen Grubenarbeiterverbandes hat am Dienstag und Mittwoch eine ausserordentliche Tagung in Paris abgehalten, um zu der Krise in der Kohlenindustrie und der von den nordfranzösischen Grubenbesitzern angekündigten Lohnsenkung Stellung zu nehmen. Die Delegierten nahmen einstimmig eine Entschliessung an, in der festgestellt wird, dass die von der Regierung ergriffenen Massnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht mit der genügenden Schärfe durchgeführt worden sind, sodass die Arbeitslosigkeit in den meisten Grubenbezirken weiter zugenommen hat.

Der Landesausschuss erinnert in der Entschliessung weiter an die von ihm der Regierung empfohlenen Massnahmen (strikte Durchführung des Lizenzsystems für die Einfuhr ausländischer Kohle, Kontingentierung und Kontrolle der heimischen Kohleproduktion, sofortige Ratifizierung des Genfer Abkommens über die Arbeitsdauer in den Gruben als Vorstufe zur Einführung des Siebenstunden-Tages ohne Lohnherabsetzung usw.), von denen nur die erste Massnahme von der Regierung gutgeheissen worden ist und erklärt, dass sich die Arbeiterschaft nicht mit vagen Versprechungen zufrieden geben könne und sie ihr sonst die Verantwortung für die durch ihre Tatenlosigkeit hervorgerufenen Folgen überlassen müsse. Inbezug auf die angekündigte Lohnsenkung protestierte der Ausschuss gegen die Haltung der Arbeitgeber. Die gesamte Arbeiterschaft werde sich energisch jeder Lohnsenkung widersetzen. Der Vorstand wurde schliesslich beauftragt, gemeinsam mit den Delegierten der nordfranzösischen Gewerkschaften die weitere Entwicklung der Dinge zu verfolgen und den Landesausschuss aufs neue einzuberufen, sobald die Absichten der Arbeitgeber genau bekannt sind, damit dann alle notwendigen Abwehrmassnahmen getroffen werden können.

SPD. Auf Veranlassung der englischen Regierung stattete der englische Botschafter in Berlin dem Reichskanzler am Mittwochabend einen Besuch ab, der einer Sondierung der Frage galt, ob die Reichsregierung mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr einverstanden sein würde. Der Reichskanzler hat die Frage unter Berücksichtigung des Baseler Sachverständi-

gengutachtens und unter Bezugnahme auf sein Reparations-Interview, in dem der Standpunkt Deutschlands zum Reparationsproblem niedergelegt ist, abgelehnt.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Reparationskonferenz in Lausanne nicht stattfinden wird, verstärkt sich immer mehr.

SPD. London, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Herausgeber der englischen kommunistischen Zeitung "Daily Worker" ist zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, nachdem vorher schon mehrere Mitglieder des Stabes der Zeitung mit ähnlichen, wenn auch nicht ganz so harten Strafen bedacht worden sind. Die Anklage lautete auf Aufforderung zur Meuterei, die nach dem Befund des Gerichts in den Spalten der Zeitung im letzten Herbst verübt worden ist, als im Anschluss an die Besoldungskürzung die viel besprochenen Protestkundgebungen der englischen Matrosen vor sich gegangen waren. Die Verurteilung erfolgte aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahre 1797.

SPD. Der Berliner Helldorf-Prozess beginnt immer mehr zu einer Justizkomödie zu werden. Nachdem man groteskerweise die entscheidenden Belastungszeugen, die Brüder Deterding, unter dem Verdacht der Mittäterschaft (!!) nicht vereidigt hat - wer Verbrechen aufklären hilft, ist ein Verbrecher -! - kommt langsam die ganze Beweisaufnahme zum Erliegen. Weil der Angeklagte Gewehr, der "Adjutant beim Stabe des Chefs der SA", bei irgend einem "Rauhen Kämpfer"-Gastmahle sich den Magen verdorben hat, tritt das hohe Gericht seit Montag auf der Stelle.

Am Mittwoch wurde wieder einmal verhandelt, nachdem drei Angeklagte das Gericht einen halben Vormittag auf sich hatten warten lassen. So treiben die SA-Jünglinge mit ihren so wohlwollenden Richtern Possen über Possen. Einer der Angeklagten hat sich etwas Neues, Originelles ausgedacht -: er will seine belastenden Aussagen in der Voruntersuchung nur gemacht haben, um wieder in Freiheit zu kommen. Natürlich! Ohne Sorge, Landgerichtsdirektor Ohnesorge glaubt alles -. Gegen Mittag wurde der Magen des Angeklagten Gewehr wieder verhandlungsunfähig und das Gericht vertagte sich auf Freitag.

SPD. Stuttgart, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schlaffer, der bisher die grosse agitatorische Kanone seiner Partei für das ganze Land Württemberg war, hat nicht nur die Leitung der Agitation niederlegen, sondern auch aus dem Stuttgarter Gemeinderat ausscheiden müssen, in den er erst vor wenigen Wochen als Spitzenkandidat seiner Partei gewählt worden war. Ach, wie bald schwinden Schönheit und Gestalt!

SPD. London, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein Vertreter der ungarischen Weberei-Unternehmungen versuchte in Lancashire eine Baumwollspinnerei zu bewegen, für die von ungarischen Webereien dringend benötigten Garne ungarische Schweine auszutauschen. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Rückkehr zum primitiven Tauschverkehr, wie er in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise überall zu beobachten ist. Die Spinnerei in Lancashire, der dieser Antrag gemacht wurde, will die Konsumgenossenschaftszentrale in Manchester veranlassen, das Geld für die Schweine an sie zu bezahlen.

SPD. Stuttgart, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Wahlen zum Arbeiterrat bei der Firma Daimler-Benz in Sindelfingen führten zu einer Niederlage der RGO, die ihre bisherige Mehrheit verlor. Auf die freien Gewerkschaften entfallen jetzt 7, auf die RGO 5 Mandate.

SPD. Essen, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In Essen erhielt ein Nationalsozialist im Verlauf eines Zusammenstosses zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten einen schweren Lungenschuss, an dessen Folgen er bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb. Ein der Tat verdächtiger Kommunist wurde inzwischen verhaftet. Die Polizei hat für die Aufklärung des Vorfalles eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

SPD. Genf, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes weist in seinem Bericht an den Rat darauf hin, dass die Regelung des internationalen Schuldenausgleichs als Voraussetzung für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise betrachtet werden muss. Es ist das erste Mal, dass eine Kommission des Völkerbundes sich in dieser Form für die Regelung des internationalen Schuldenausgleichs einsetzt.

In dem Bericht des Komitees heisst es, dass nationale Massnahmen gegen die Folgen der Krise in ihrem Gesamtergebnis nur die Lage verschärfen würden. Dadurch sei der Wert des kaufmännischen Austauschs von Ende 1929 bis Ende 1931 um über 40 Prozent gesunken. Angesichts der finanziellen Notwendigkeiten könnten augenblicklich keine Ratschläge für die Handelspolitik gegeben werden, solange nicht für die internationalen Zahlungen die notwendigen Lösungen erfolgt seien. Indessen dränge sich unter den gegenwärtigen Umständen eine wichtige Schlussfolgerung mit besonderer Macht auf, nämlich dass die wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten beherrscht würden vom Problem der internationalen Schulden. Die Goldvorräte der Schuldner seien erschöpft. Das Verschwinden jedes Vertrauens habe die internationale Funktion des Kredits aufgehoben. Es bliebe also nur die Ausfuhr zur Bezahlung, obwohl diese im Interesse der Gläubigerländer liege, häuften sie auch immer höhere Hindernisse auf gegen die fremde Einfuhr. Die Gläubigerländer befänden sich also in einem schweren Dilemma, entweder die Einfuhrhindernisse zu beseitigen oder sich mit einer dauernden Verringerung der Aussichten auf eine Abdeckung ihrer Guthaben abzufinden.

SPD. Stuttgart, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Lohnstreit der Salamander-Schuhfabrik hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses den beiden Parteien einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Danach soll die Entscheidung über die Hauptstreitfrage, d.h. über die Zulässigkeit einer generellen Senkung der Zeitlohnzulagen von einer gutachtlichen Äusserung des Zentraltarifamtes abhängig gemacht werden. Die Firms und die Arbeiter haben dem Vorschlag zugestimmt.

Der Betrieb ruht seit Mittwoch vollständig, weil auch die Akkordarbeiter aus Solidarität mit den Zeitlöhnern die Arbeit niedergelegt haben. Die Arbeit kann auch nach der Annahme des Vergleichsvorschlages noch nicht aufgenommen werden, weil die Arbeiter es ablehnen, mit drei Arbeitern, die zu Streikbrechern wurden, zusammen zuarbeiten. Am Donnerstag wird eine Belegschaftsversammlung zu dem neuen Streitfall Stellung nehmen.

SPD. Warschau; 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Im aussenpolitischen Ausschuss des Sejm wurde am Mittwoch die vor längerer Zeit abgebrochene Debatte über das Exposé des Aussenministers fortgesetzt. Aussenminister Zaleski führte aus, dass der geplante Nichtangriffspakt mit Russland nichts anderes als eine Erweiterung des Kelloggpaktes sein werde. Es werde nur der Begriff des "Angreifers" genau präzisiert. Polen habe einen Schiedsgerichtsvertrag abschliessen wollen, worauf jedoch Russland nicht eingegangen sei, sodass man sich auf ein Konziliation geeinigt hätte. Die Verhandlungen standen sehr gut. Viele Klauseln seien bereits abschliessend beraten worden, andere seien nur noch redaktionell zu erledigen. Er hoffe, dass die Fertigstellung des Paktes bereits in den nächsten Tagen erfolgen werde.

SPD. Braunschweig, 20. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der Naziminister Klagges möchte sich an den Polizeibeamten reiben. Er ist nicht gut auf sie zu sprechen, weil sie nicht so wollen, wie er will. Er hat jetzt den staatlichen und kommunalen Polizeibeamten sowie den Landjägerbeamten die Zugehörigkeit zum Braunschweigischen Landesverband der Polizeibeamten untersagt, weil der Verband Beziehungen zur Kommunistischen Partei unterhalte, die den Umsturz des Staates auch mit gewaltsamen Mitteln offen betreibe.

Was ist geschehen? Zur Generalversammlung des braunschweigischen Polizeibeamtenverbandes waren sämtliche Parteien eingeladen worden. Zum erstenmal erschien auf der Generalversammlung auch ein Kommunist. Er hat, wie nicht anders zu erwarten war, einige unpassende Worte an die Polizeibeamten gerichtet. Er wurde deshalb von der Versammlung ausgeschlossen; das Betreten des Saales wurde ihm untersagt. Das ist für Herrn Klagges angeblich der Grund für seine Verfügung gegen den Landesverband der Polizeibeamten.

Der Verband unterhält selbstverständlich keine Beziehungen zur Kommunistischen Partei. Das einzige Verbrechen der Verbandsleitung besteht in der Ungeschicklichkeit, auch die KPD zur Teilnahme an der Generalversammlung eingeladen zu haben. Doch das genügt dem findigen Herrn Klagges.

SPD. Warschau, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Sejm kam es am Mittwoch bei der Debatte über den Misstrauensantrag der Opposition gegen die Regierung zu äusserst stürmischen Szenen. Als der sozialistische Abgeordnete Zulawski den Antrag mit scharfen Worten gegen die Terror- und Gewaltmethoden des Pilsudski-Lagers begründete, wurde er von dem Pilsudski-Lager immer wieder stürmisch unterbrochen. Aber er setzte in seiner Abrechnung fort. Er spreche nicht, so führte Zulawski u.a. aus, nicht für die Semlinge Pilsudskis im Parlament, sondern für die vom Volk gewählten Abgeordneten. Die Opposition wolle der Welt zeigen, dass nicht alle Polen die heutigen Zustände in Polen billigen. Obwohl die Opposition unter ständigem Terror stehe, bilde sie doch die Mehrheit des Volkes. Das Urteil im Prest-Litowsker Prozess habe er bereits zwei Tage vor der Verkündung des Urteils von einem Regierungsabgeordneten erfahren.

Nach Zulawski sprachen Vertreter der anderen Oppositionsparteien. Der Oppositionsantrag wurde schliesslich von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Das war von vornherein zu erwarten. Wenn der Antrag trotzdem behandelt wurde, dann aus propagandistischen Gründen.

SPD. Genf, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Den Vorsitz in der am Montag beginnenden Ratstagung wird Paul Boncour als Vertreter Frankreichs führen, da Aussenminister Laval in Anbetracht der Kammertagung nicht nach Genf reist.

Die russische Delegation zur Abrüstungskonferenz wird geführt von Aussenminister Litwinoff.

SPD. Warschau, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In Warschauer politischen Kreisen verlautet, dass die Regierung demnächst ein Amnestiegesetz zu erlassen beabsichtigt, das auch die im Brest-Litowsker Prozess verurteilten Oppositionsführer erfassen soll. Durch die Amnestie solle den Verurteilten jedoch nur die Strafe erlassen werden, während der mit der Strafe verbundene Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte aufrecht erhalten werden soll. Auf diese Weise will die Regierung den Oppositionsführern die Möglichkeit nehmen, in Zukunft am politischen Leben Polens teilzunehmen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der neue Dornier-Typ.

Grössere Geschwindigkeit - Grössere Wirtschaftlichkeit.

SPD. Seit langem ist die Flugtechnik bestrebt, nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Flugzeuge zu steigern, denn der Luftverkehr ist in wirtschaftlicher Hinsicht immer noch ein Schmerzenskind. Mit dem neuen Dornier-Flugzeug D.K., das am Mittwoch-Nachmittag auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt wurde, scheint in dieser Richtung ein wesentlicher Schritt vorwärts getan zu sein.

Man sitzt schalldicht!

Do.K ist 16,55 Meter lang, hat eine Flügelspannweite von 25 Metern bei einer Höhe von rund $4\frac{1}{2}$ Metern. Der Rumpf wurde in Stahlrohrfachwerk-Konstruktion ausgebildet. Ovale mit Bespannungsstoff bekleidete Leichtmetallspanten wurden auf das Fachwerk aufgesetzt und geben ihm eine gute Stromlinienform. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, dass die wichtigsten Knotenpunkte in der Konstruktion, die bei einem Dauerbetrieb besonders beansprucht sind, auch im Fluge ständig überwacht werden können.

Der Führersitz ist, wie allgemein üblich, vorn angeordnet. Dann folgen der Fluggastraum und ein Vorraum mit Toilette; ausserdem sind drei Gepäckräume vorgesehen. Der durch splitterfreies Glas abgeschlossene Führerraum ist mit Doppelsteuerung ausgerüstet. Das Oberlicht, das über jedem Führerplatz verschiebbar angeordnet ist, dient auch gleichzeitig als Notausgang. Alle Schalter sind zentral eingebaut. Die Führersitze sind verstellbar und können den Körpermassen der Piloten angepasst werden.

Der zehn Personen fassende Fluggastraum ist durch eine schalldichte Trennungswand vom Führersitz abgeschlossen. Der Fluggast wird diese Schalldichtung als eine besondere Annehmlichkeit empfinden. Das Motorengeräusch ist zum erstenmal wirklich auf ein Minimum abgedrosselt.

Vier mal 240 PS.

Der freitragende d.h. nicht verspannte Flügel ist pfauförmig gestaltet und direkt auf den Rumpf montiert. In den Flügeln sind auch die je 500 Liter fassenden Brennstoffbehälter untergebracht, aus denen der Brennstoff den Motoren durch ein natürliches Gefälle zufliesst.

Das Flugzeug ist mit vier seitlich montierten, luftgekühlten Walther-Castor-Motoren von je 240 PS ausgerüstet, sodass fast 1000 PS das Flugzeug emporheben. Die Höchstgeschwindigkeit soll 227 Kilometer in der Stunde betragen. Die Reisegeschwindigkeit, wie sie wirtschaftlich auf längere Dauer durchgehalten werden soll, wird mit 200 Kilometer angegeben. Falls vier Motoren arbeiten, kann das Flugzeug bis auf 4800 Meter steigen. Bei drei Motoren erreicht die Maschine immer noch eine Gipfelhöhe von 3500 bis 4000 Meter, d.h. es kann immer noch dieselbe Höhe halten, wie sie bei den heute in Betrieb befindlichen Verkehrsflugzeugen üblich ist. Falls das Flugzeug nur mit zwei Motoren fliegt, ist es immer noch imstande, eine Höhe von 1000 Metern einzuhalten.

Durch die Verteilung des Antriebs auf vier Motoren wird die Sicherheit des Flugzeuges ganz erheblich gesteigert. Erst bei der viermotorigen Anordnung ist bei Ausfall eines Motors noch genügend Kraftreserve vorhanden, um ohne Ueberanstrengung der übrigen Motoren noch die grösste Flugsicherheit erzielen zu können.

Trotz der grossen Reisegeschwindigkeit zeigte sich bei den Probevlügen, dass die Landung ausserordentlich sanft und sicher vonstatten geht. Das für Start und Landung vorgesehene Fahrwerk besteht aus zwei Laufrädern und einem

am Hinterteil des Flugzeuges schwenkbar im Rumpf gelagerten Spornrad. Die Räder sind ebenfalls stromlinienförmig verkleidet und mit Wasserdruckbremsen versehen, sodass der Auslaufweg bei der Landung sehr kurz ist.

Die Nachtflug-Maschine.

Durch die Geschwindigkeitssteigerung, die im amerikanischen Luftverkehr schon seit langem üblich ist, wird das Flugzeug Do.K wirtschaftlicher arbeiten, als die sonst im deutschen Luftverkehr eingestellten Maschinen. Bemerkenswert ist, dass die Geschwindigkeitssteigerung ohne Mehraufwand an Betriebsmitteln erzielt wird. Es ist auch dem Laien klar, dass schnellere Flugzeuge eine grössere Zahl von Flügen leisten können als langsamere. Wichtig ist für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des neuen Flugzeuges auch die Tatsache, dass es billiger geliefert wird, als die übrigen deutschen Landflugzeuge, und daher auch einen geringeren Kapitaldienst erfordert.

Schnelle und sichere Flugzeuge steigern selbstverständlich auch die Werbefähigkeit des Flugverkehrs. Je grösser der Geschwindigkeitsunterschied ist zwischen dem Flugzeug und dem sonst üblichen Landverkehrsmittel und je niedriger bei wirtschaftlich arbeitenden Maschinen der Fahrpreis angesetzt werden kann, umso grösser wird die Zahl der Fluggäste, um so besser die Ausnutzungsmöglichkeit des vorhandenen Flugzeugparkes. Flugzeuge mit den Eigenschaften des Do.K eignen sich insbesondere für die Einsetzung auf Strecken, die keine Notlandmöglichkeiten bieten. Man kann sie mit Erfolg im Nachtflugdienst einsetzen, der besonders sicher arbeitende und mit grosser Kraftreserve ausgestattete Maschinen erfordert. Darüber hinaus wird Do.K als Expeditionsflugzeug für die Verwendung in unerforschten Gebieten sowie auch für Alpenflüge besonders geeignet sein.

+ + +

Die Stieftochter erdrosselt.

9 Jahre Zuchthaus gegen den Mörder der Gerda Kalisch.

Vom Schwurgericht beim Landgericht III Berlin wurde am Mittwoch der 40-jährige Arbeiter Hans Papke, der am 9. Juli vorigen Jahres im Grunewald bei Berlin seine 17-jährige Stieftochter Gerda Kalisch erdrosselt hat, wegen Totschlags und wiederholten Sittenverbrechens zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt; ferner erkannte das Gericht auf 5 Jahre Ehrverlust.

Papke hat zu seiner Stieftochter Gerda Kalisch seit dem Jahre 1928 in intimen Beziehungen gestanden. Im letzten Sommer hatte Gerda Kalisch die Bekanntschaft eines jungen Mannes gemacht. Papke fürchtete, dass Gerda dem Freund eines Tages von den Beziehungen zwischen Vater und Stieftochter erzählen würde und hegte deshalb seit längerer Zeit den Plan, sich des Kindes zu entledigen. Trotzdem unterstellte das Gericht sowohl in der Anklage als auch im Urteil, dass das während einer gemeinsamen Radtour ausgeführte Verbrechen selbst in hochgradiger Erregung geschehen ist.

Der Angeklagte schilderte die Tat mit folgenden Worten: "Ich sass mit Gerda auf einer Bank. Als ich mich ihr näherte, sagte sie: "Jetzt mache ich überhaupt Schluss." Dann wurde sie auch noch krötig. Ich gab ihr eine Ohrfeige. Es kam zu einem Kampf. Ich kam nun so in Rage, dass ich die Gerda rücklings auf die Bank warf und ihr gleichzeitig mit beiden Händen die Kehle fest zudrückte. Sie rief um Hilfe und versuchte, mich abzuwehren, sie bettelte auch, dass ich sie leben lassen sollte, zweimal bettelte sie so, ich hatte aber kein Mitleid mit ihr, denn ich war zu wütend an dem Abend und wollte sie töten. Ich sagte: Heute abend ist Schluss. Schliesslich war sie bei dem Ringen auf die Erde gefallen. Als ich ihr mit der linken Hand die Kehle zudrückte, schrie sie immer noch. Deshalb holte ich aus meiner rechten Tasche einen Strick heraus und wickelte ihr ihn um den Hals. Jetzt hörte Gerda auf zu schreien. Nun nahm ich das Ende des Bindfadens in die Hand und schleifte sie eine Strecke fort.

Weshalb ich das tat, weiss ich nicht." Der Angeklagte hat sich nach kurzer Zeit der Polizei selbst gestellt. Seine Täterschaft war bereits ermittelt worden.

Der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Werneburg bekundete, dass auf Grund seiner Nachforschungen eine Mischung von Angst, Wut und Eifersucht als Motiv der Tat zu gelten habe. Die Ehefrau des Angeklagten verweigerte die Aussage. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf eine Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus. Mildernde Umstände seien zu versagen. Auch das Gericht verzichtete auf Anerkennung mildernder Umstände. Die Urteilsverkündung betonte die Brutalität der Tat. Der Verkehr mit der Stieftochter wurde als Blutschande angesehen.

+ + +
Schiesserei auf einem Kirchhof. Auf dem Friedhof eines kleinen Dorfes in Kentucky (USA) kam es zwischen den Mitgliedern zweier in Feindschaft lebenden Familien zu einer schweren Schiesserei. Vier Personen wurden getötet, zwei lebensgefährlich verletzt.

+ + +
Bluttat in Memmingen. In Memmingen (Schwaben) erstach ein Hilfsarbeiter seine 16-jährige Tochter und verletzte seine Frau und seinen Sohn durch Messerstiche lebensgefährlich. Der Täter selbst brachte sich einen Schnitt am Halse bei. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Die furchtbare Bluttat scheint durch Familienzwistigkeiten ausgelöst worden zu sein.

+ + +
Schleppflug nach Davos. Das Segelflugzeug des deutschen Segelfliegers Groenhoff wurde von einem Schweizer Eindecker vom Züricher Flugplatz Dübendorf bis in 2 900 Meter Höhe geschleppt; dann machte Groenhoff sich frei und erreichte glatt den Davoser See. Groenhoff beabsichtigt Schlepp- und Alleinsegelflüge im Skigebiet des Parsenn (2600 Meter) zu unternehmen.

+ + +
Bergwerksunglück. Auf der Max-Grube bei Michalkowitz bei Kattowitz ging eine Strecke zu Bruch. Ein Bergmann wurde getötet, zwei erlitten schwere Verletzungen.

+ + +
Dorf der Brandstifter. Vor dem Gericht in Chrudim (Böhmen) begann ein auf 14 Tage berechneter Riesenprozess gegen 40 Angeklagte aus dem Dorfe Holic. Holic war lange Zeit der Schrecken aller Versicherungsgesellschaften. Innerhalb weniger Jahre ereigneten sich dort 170 Schadenfeuer - bis sich herausstellte, dass die Einwohner des Dorfes in versicherungsbetrügerischer Absicht ihre Anwesen selbst in Brand gesteckt hatten. Die Nachbarn hatten einander beim Anzünden geholfen, auch die Feuerwehr war mit im Bunde gewesen.

+ + +
Ein Schulmuseum. In Weimar wird die Errichtung eines Schulmuseums von überlokaler Bedeutung geplant. Eine ständige Musterausstellung neuzeitlicher Lehrmittel soll der Vereinheitlichung und der Verbesserung der Lehrmittelbeschaffung dienen.

+ + +
Natrium-Explosion. In der Nähe von Bergen (Norwegen) drangen Hochwasserfluten in die Kellerräume einer elektrochemischen Fabrik ein. Dort lagernde grosse Mengen von Natriummetall, die durch das Wasser zur Explosion gebracht wurden. Mehrere Gebäude wurden eingäschert. In der weiteren Umgebung der Fabrik mussten infolge der starken Gasentwicklung sämtliche Häuser geräumt werden.

+ + +
Bergung auf "Karsten-Zentrum". Auf der Karsten-Zentrum-Grube bei Beuthen ist die Leiche eines dritten Verschütteten geborgen worden. Es ist der verheiratete Heuer Max Karch.

Gewerkschaftliche Rundschau

Lohnschutz tut not!

SPD. Der Reichsarbeitsminister sprach am Mittwoch abend im Rundfunk über das Thema "Weltkrise und Sozialpolitik". Der Kern seiner Ausführungen bestand in einer Beleuchtung des internationalen Lohnabbaus und in der Forderung nach Lohnschutz.

Durch die Krise der letzten Jahre - führte der Minister aus - sei nicht nur die deutsche, sondern die Sozialpolitik der ganzen Welt betroffen worden. Das schleichende Gespenst der Arbeitslosigkeit habe kein Land der Erde bis heute verschont. Ueber 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterstützungskosten - das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt einer unbefriedeten Welt biete. Das sei in beträchtlichem Masse die Folge davon, dass die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Vorstellung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland bereichern. Das sei die Folge, dass man jahrelang nicht gesehen habe, dass, wenn Deutschland verarmt, die anderen nicht reich werden könnten, sondern selbst in den Verarmungsprozess hineingezogen würden.

Dieser Verarmungsprozess zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die deutsche Regierung habe in der letzten Zeit Lohnsenkungen zulassen müssen, aber auch das sei keine blosse deutsche Erscheinung, denn kein grösseres Industrieland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben. Dies gelte nicht zuletzt auch für das klassische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika. In den Statistiken sei die Steigerung in der industriellen Arbeitsleistung mit der Entwicklung der Löhne im letzten Jahrzehnt verglichen und dabei festgestellt worden, dass in den Vereinigten Staaten die Lohnsteigerung weit hinter der rasend gesteigerten Produktionsleistung zurückgeblieben sei. Während die industrielle Arbeitsleistung im letzten Jahrzehnt um rund 43,7 % zugenommen hätte, habe die entsprechende Lohnsteigerung 15,8 % ausgemacht.

In England, wo die Verhältnisse ähnlich lägen wie bei uns in Deutschland, sei ebenfalls eine starke Abwärtsentwicklung der Löhne zu beobachten. Etwa seit Mitte 1929 hätten sich unter dem Druck der Wirtschaftsdepression die Lohnsätze langsam gesenkt und hätten im Dezember 1930 im Durchschnitt 1 bis 2 % unter dem Stand des Jahres 1929 gelegen. Im vergangenen Jahre seien dann weitere Lohnkürzungen erfolgt.

Auch in Italien seien interessante Beobachtungen festzustellen. Das Zentralkomitee des Korporationsministeriums habe Ende Oktober seine Verhandlungen über die Lohnpolitik abgeschlossen. Hinsichtlich der Löhne in der Industrie sei festgestellt worden, dass diese - der Lohnbewegung in der ganzen Welt folgend - in Italien so weit gesenkt worden seien, dass eine weitere Reduktion weder möglich noch nützlich erscheine. Zugegeben sei jedoch worden, dass besondere Fälle eintreten könnten, in denen Lohnherabsetzungen vorgenommen werden müssten.

Der Minister betonte zum Schluss, dass der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müssten von der Einstellung herunter, dass zwar Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, dass aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Die Verflochtenheit der Weltwirtschaft zeige sich nicht zuletzt auch auf sozialpolitischem Gebiet. Die Sozialpolitik werde in Deutschland in Zeiten der Not vielfach für sich allein gesehen, was aber falsch sei. Sie müsse vielmehr als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Gesellschaftspolitik überhaupt gese-

hen werden. Wir hätten im grossen gesehen zwischen drei Möglichkeiten zu wählen:

- 1.) die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichen Schutz eingegliedert, oder
- 2.) die Wirtschaftsführung werde immer mehr dem Staat überantwortet, oder
- 3.) es werde ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliegen.

Der Einblick in Staat und Wirtschaft und der Einfluss auf deren Entwicklung könnten den Arbeitnehmern nicht vorenthalten werden. Damit bilde sich eine gesteigerte Verantwortung des ganzen Volkes für Staat und Wirtschaft heraus.-

+

Für Lohnschutz haben die Spitzen der Arbeitgeber verdammt wenig Interesse. Das Preissenkungsversprechen der Regierung stellt z.B. einen gewissen Lohnschutz dar. Dieses Versprechen wird jedoch im "Arbeitgeber", der Zeitschrift der deutschen Arbeitgeberverbände, als eine Fiktion bezeichnet. "Wir befinden uns" - so schreibt der "Arbeitgeber" in Nr.2 des neuen Jahrganges - "an der Schwelle von 1932 nunmehr im vierten Stadium der lohnpolitischen Entwicklung. Die Löhne sind zum ersten Mal schlagartig und in einen wirtschaftlich spürbaren Umfang herabgesetzt worden. Diese Lohnherabsetzung ist aber immer noch mit der Fiktion der Erhaltung der Kaufkraft verbunden, durch die Ankündigung einer Gleichzeitigkeit von Lohn- und Preissenkung. Die Gewerkschaften haben diese Fiktion der Gleichzeitigkeit ernst genommen und ihr die Auslegung gegeben, dass eine entsprechende Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der letzten notverordneten Lohnsenkung sei; ein Brief des Reichskanzlers, mit dem wir uns bereits kritisch auseinandersetzen, hat diese gewerkschaftliche Annahme nicht entkräftet, sondern eher gestärkt. Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932 wird nun darin bestehen, die Fiktion von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preissenkung und der Aufrechterhaltung der Einzelkaufkraft des Lohnes zu zerstören."

Das ist deutlich, aber diese Deutlichkeit ist überflüssig; denn worauf die Herrschaften des "Arbeitgeber" hinaus wollen, ist längst klar. Ihnen ist aber vielleicht eines nicht klar: die Beseitigung der "Fiktionen" kann unter Umständen sehr leicht ernste Friktionen, d.h. Reibungen verursachen, an denen sich Brände entzünden können.

SPD. Ostern verlassen 40000 Abiturienten die höheren Schulen. Das Reichsarbeitsministerium hat, um die Berufsberatung für diese Abiturienten erfolgreicher zu gestalten, den Deutschen Philologen-Verband, den Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und andere interessierte Organisationen zu einer Besprechung eingeladen, die am Sonnabend stattfinden soll.

Die Gewerkschaften sind zu dieser Besprechung nicht eingeladen worden. Allem Anschein nach hat das Reichsinnenministerium die Auffassung, dass der Arbeitsmarkt nur die Arbeitgeber etwas angeht. Bei einer bevorzugten Einstellung von Abiturienten würden jedoch sehr stark die Interessen der Arbeiter und Angestellten, vor allem auch der Jugendlichen, berührt, und diese Interessen gehen die Gewerkschaften sehr viel an!

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat auf seiner letzten Genfer Tagung beschlossen, die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeiten und Betriebsruhepausen der mechanischen Tafelglasindustrie als Tagesordnungspunkt für die Arbeitskonferenz 1933 festzusetzen. Damit hat eine langjährige gemeinsame internationale Arbeit der Glasarbeiter endlich zu einem Erfolg geführt.

Bis zum Jahre 1927 wurde in Deutschland die Fensterglasfabrikation in 65 Betrieben in manueller Arbeitsweise hergestellt. Im Ausland, vor allen Dingen in Belgien und in der Tschechoslowakei, führten langjährige Versuche, Fensterglas im vertikalen Verfahren als Glasband zu ziehen, technisch und wirtschaftlich zu günstigen Ergebnissen. Die Handarbeit wurde nun mehr und mehr ausgeschaltet. Um die Konkurrenzfähigkeit der blühenden Tafelglasindustrie Deutschlands gegenüber dem Ausland sicherzustellen, musste bei uns ebenfalls zur Maschinenarbeit gegriffen werden.

Die Folgen der Rationalisierung und Mechanisierung in der Fensterglasindustrie waren für die Arbeiterschaft geradezu katastrophal. Innerhalb von 5 Jahren wurden die Betriebe der Handarbeit von 65 bis auf 10 dezimiert. In diesen Betrieben werden nur Spezialitäten zu photographischen Zwecken und Far- bengläser verschiedenster Art hergestellt. Die strukturelle Änderung in der Fensterglasindustrie brachte es mit sich, dass heute im mechanischen System Fourcault, resp. Libbey-Owens in 15 Betrieben mit rund 85 Maschinen fast die doppelte Produktionskapazität hergestellt wird wie in den ehemals 65 handarbeitenden Betrieben. Die Beschäftigten-Zahl beträgt in der gesamten Tafelglasindustrie nur noch rund die Hälfte und zwar etwa 4 000 gegen annähernd 8 000 in den ersten Nachkriegsjahren.

Die Gewerkschaften haben für die Opfer der Mechanisierung helfend eingegriffen. Die Hilfe kann nur darin bestehen, dass eine gesunde Arbeitszeitverteilung in den neuen Betrieben der mechanischen Tafelglasindustrie Platz greift. Die Gewerkschaften fordern deshalb Einführung des Vier-Schichtensystems für alle durchgehend beschäftigten Arbeiter mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden. Leider wurde bisher die Forderung der Gewerkschaften in fast allen Staaten von den Industriellen abgelehnt mit der Begründung, dass die Schwere der Arbeit im Verhältnis zur Handarbeit wesentlich gemildert worden sei. Arbeitsmarktpolitischen Erwägungen waren die Arbeitgeber nicht zugänglich. Die Glasarbeiter-Internationale hat deshalb den einzelnen Länderregierungen wie dem Internationalen Arbeitsamt Anträge für eine internationale Regelung der Arbeitszeiten und der Betriebsruhepausen in der mechanischen Tafelglasindustrie vorgeschlagen.

Volkswirtschaftlich und staatspolitisch betrachtet, kann der Beschluss des Verwaltungsrates des IAA nur begrüsst werden, und zwar nicht nur im Interesse der Beteiligten, sondern ganz allgemein; denn es ist damit endlich ein Schritt getan, um Opfern der Rationalisierung durch Verteilung der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten Erleichterung zu bringen.

Nach dem Anfang in der mechanischen Tafelglasindustrie werden auch für die übrigen Branchen der Glaserzeugung weitere Nachprüfungen und Untersuchungen vor sich gehen, damit aus sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen hier ebenfalls geeignete internationale Arbeitszeitregelungen späterhin festgelegt werden. Entsprechende Anträge sind den Länderregierungen und dem Internationalen Arbeitsamt von der Glasarbeiterinternationale bereits vorgelegt worden.



Ein Ankurbelungsprojekt.

Professor Wagemann zur Kredit- und Bankreform.

SPD. Die gegenwärtige Krise, die wie jede kapitalistische Krise vor alle Vertrauenskrise ist, wirkt sich darin besonders aus, dass die Besitzer von Geld nicht den Mut und die Courage haben, ihr Geld anzulegen, in ein neues Geschäft hineinzugehen. Die Kreditkrise führt trotz der gegenwärtigen Stillhaltung des Auslandes und trotz der Befreiung von Reparationszahlungen zu einem beträchtlich überhöhten Zinsstand und an eine Erholung der Wirtschaft ist nicht zu denken. Deshalb ist es natürlich, dass man immer wieder die Frage erörtert, wie man die eingefrorenen Kredite locker machen und wie man den Staat und die Gemeinden von ihren beträchtlichen schwebenden Schulden befreien kann, wie es möglich ist, die Banken bewegungsfähiger zu machen und eine Anregung der gesamten Wirtschaft herbeizuführen. Was nach dieser Richtung bisher an Plänen aufgetaucht ist, noch zumeist nach Inflation. Die kann sich aber Deutschland nicht leisten; einmal, weil Inflation eine sehr teure Angelegenheit ist und weil ja das deutsche Volk, das ja auf dem Gebiet der Inflation Erfahrungen hat, sofort anfangen würde, in Gold zu rechnen, sobald irgendwelche Inflationsmassnahmen getroffen werden. Alle diesen Dingen wollte offenbar ein Plan berücksichtigen, der von einer Anzahl im öffentlichen Leben stehender Männer ausgearbeitet ist und der jetzt von seinem Verfasser, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamts Professor Dr. Wagemann, der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Der Plan zielt auf einen Umbau des deutschen Geld-, Kredit- und Bankwesens hin. Man will diesen Gebieten moderne Formen geben, die unseren hochkapitalistischen Verhältnissen entsprechen. Schon seit Jahrzehnten gibt es die sogenannte bargeldlose Zahlung, die gegenseitige Abrechnung und Aufrechnung von Forderungen, in den Büchern der Banken, im Giroverkehr der Reichsbank, bei den Sparkassen usw. In dieser Art gegenseitiger Verrechnung, von der der Scheckverkehr nur eine Abart ist, wird genau so in der Volkswirtschaft bezahlt, als ob man mit Noten und mit Gold bezahlen würde. In der Wissenschaft hat sich für diese Art Geld - denn es ist alles Geld, womit überhaupt gezahlt wird - das Wort "Giralgeld" eingebürgert. In der Art, wie die meisten Notenbanken arbeiten - das gilt auch für die deutsche Reichsbank - hat man aber diese Umwälzung der Zahlungsmethoden bisher noch kaum berücksichtigt. Es gibt in der Hauptsache zwei-erlei Arten von Zahlungen, für die man Geld braucht. Die eine ist die Kreditgewährung und Schuldenzahlung der Wirtschaftsbetriebe, die durch den Abrechnungsverkehr mittels des Giralgeldes erfolgt. Benötigt werden hierbei auch die grösseren Banknoten von 100 und von 1 000 Mark. Die andere ist die Auszahlung von Löhnen und Gehältern und ihre Verwendung zu Einkäufen, was in erster Linie in der Verbrauchswirtschaft erfolgt. Für diese Zahlungsart dienen neben den Münzen hauptsächlich die kleinen Noten von 10, 20 und 50 Mark. In beiden Fällen handelt es sich zwar um Geld, aber es handelt sich um ganz verschiedene Zahlungsgebiete und Zahlungszwecke. Man hat aber bei der bisherigen Geld- und Bankenverfassung diese Verschiedenheit überhaupt nicht berücksichtigt und ausserdem hat man die Kreditgewährung und Schuldenzahlung in der Produktionswirtschaft fast ausschliesslich den privaten Banken überlassen. Die Verfasser des oben erwähnten Planes sehen es nun als eine Folge der in der gewerblichen Kreditwirtschaft fehlenden Kontrolle an, dass in Deutschland (auch anderwärts) so

massenhaft kurzfristige Kredite für langfristige Zwecke verwendet worden sind und dass auch wegen dieser Unzulänglichkeit in der Geld- und Bankverfassung die international verursachte deutsche Kreditkrise aus innerdeutschen Gründen verschärft worden ist. Hier will man anpacken, um die Verhältnisse in der deutschen Kredit- und Bankwirtschaft zu bessern. Man sagt sich, dass man in erster Linie für eine sorgfältigere Kreditgewährung sorgen muss. Zu diesem Zweck muss das sogenannte Giralgeld (das Abrechnungsgeld und die grossen Noten) auch unter eine Kontrolle gebracht werden, die bisher, soweit die Kreditgewährung selbst in Frage kam, bei den Banken unzureichend war. Von den Banken werden etwa jährlich 20 Milliarden Mark Kredite für Betriebszwecke gewährt, teils für drei Monate, teils für länger. Für diese Kredite sollen die Banken bei der Reichsbank einer bestimmten Prozentsatz (10 % für Kredite bis drei Monate, 3 % für Kredite über 3 Monate) hinterlegen (Giroreserve). Diese Giroreserve soll zusammen mit den vorhandenen Gold- und Devisenbeständen die Deckung für die grossen Noten von 1 000 Mark sein und zugleich eine grössere Sicherheit für die Zahlungsflüssigkeit der Banken bieten. Die Gold- und Devisenreserven sind ja nach wie vor nötig, um im Zahlungsverkehr der Produktionswirtschaft mit dem Ausland auszuheilen. - Man will nun aber für alles Geld, das dem Konsumverkehr dient, also in erster Linie für die Noten von 10, 20 und 50 Mark, eine neue Art von Deckung schaffen und zwar eine Deckung, wie sie die Vereinigten Staaten schon seit Jahrzehnten eingeführt haben. Für den Umlauf dieser 10.-, 20.- und 50.-Mark-Noten, der etwa drei Viertel des gesamten Notenumlaufs ausmacht, will man der Reichsbank in Höhe von 3 Milliarden Mark eine ewige verzinsliche Staatsschuld des Reiches geben; man sagt sich mit Recht, dass für die Deckung der kleinen Noten, die ja fast nur den Zahlungsverkehr in der inländischen Verbrauchswirtschaft dienen, Gold und Devisen nicht erforderlich sind. Bei dieser Schaffung einer ewigen verzinslichen Staatsschuld als Gegenwert für die dem Verbraucherverkehr dienenden Zahlungsmittel der Reichsbank liegt nun der springende Punkt für die praktischen Ziele des Planes.

Die Reichsbank hat gegenwärtig für etwa zwei Milliarden Mark Wechsel und hat entsprechende Kredite gegeben, die in der Wirtschaft eingefroren sind. Die öffentlichen und privaten Banken haben ihrerseits Reich, Ländern und Gemeinden kurzfristige Kredite gewährt, die nicht zurückgezahlt werden können. Diese verzinsliche Staatsschuld von drei Milliarden soll nun die Grundlage sein, von der aus Reich, Länder und Gemeinden ihre schwebenden Schulden bei den Banken tilgen. Dadurch entsteht eine Erleichterung in der Kreditlage der Banken (und auch Sparkassen) und es werden Beträge frei, die für Wirtschaftskredite verwendet werden können. Bekommen die Banken dabei neue Handelswechsel herein, so können diese Wechsel wie bisher bei der Reichsbank diskontiert werden, bei der nun durch die Tilgung der öffentlichen kurzfristigen Schulden, die die Zurückziehung von Bankwechseln bei der Reichsbank zur Folge hat, auch neue Kreditmöglichkeiten bestehen. Soweit die Wirtschaftslage sich bessert, kann dann auch ein Auftauen der eingefrorenen Kredite in der Industrie erfolgen.

Es besteht kein Zweifel, dass es sich hier um einen absolut ernstesten Plan handelt, der aber auch selbstverständlich die allergründlichste Prüfung verlangt. Er ist keine Patentlösung, wie man Dutzende alle Tage vorgelegt bekommt und ist vor allen Dingen kein inflatorischer Plan, vor dem auch unter heutigen Verhältnissen sofort abzurücken wäre. Freilich hat der Plan schon jetzt Gegner gefunden; bei den privaten Grossbanken und wohl auch in der Schwerindustrie. Der Plan hat eine sehr weitgreifende Kontrolle der Kreditlenkung und damit auch eine verschärfte Ueberwachung der Banken zur Folge, was wiederum aller Gegnern einer rationellen, den heutigen Notwendigkeiten angepassten Wirtschaftsführung nicht willkommen ist. Diese Dinge sind schon jetzt zu sagen, obwohl es selbstverständlich ist, dass auch wir uns unsere abschliessende Stellungnahme noch vorbehalten.

SPD. In einem Ueberblick über die Entwicklung der Konjunktur in der Maschinenindustrie während des Jahres 1931 verweist der Verein der deutschen Maschinenbauanstalten darauf, dass sich die Lage weiter verschlechtert hat. "Die rückläufige Bewegung erfolgte jedoch nicht gleichmässig während des ganzen Jahres. Der seit 1929 beobachtete Abstieg wurde im Frühjahr 1931 infolge der durch die Regierungsmassnahmen veranlassten Selbstkostensenkung von einer über die Saisonbelebung hinausgehenden Aufwärtsbewegung abgelöst. Der Kreditzusammenbruch im Sommer brachte dann eine in Tempo und Ausmass bisher noch nicht da gewesene Verschlechterung der Lage."

Der Eingang von Inlandsaufträgen lag um 40 % unter dem Stand von 1930 und um 70 % unter dem Stand von 1927. Das Auslandsgeschäft erfuhr nach vorübergehend günstigerer Gestaltung während des Sommers in der zweiten Jahreshälfte unter den Auswirkungen von Pfundsturz, Devisenzwangsbestimmungen und ausländischen Zollerhöhungen einen empfindlichen Rückschlag. Das Jahresergebnis 1931 der Auslandsaufträge blieb um 20 % hinter dem von 1930 zurück und um 35 % hinter dem Stand von 1929, dem für das Auslandsgeschäft bisher günstigen Jahre. Der Anteil des Auslandsgeschäftes ist, da sich das Auslandsgeschäft immer noch besser gehalten hat als das Inlandsgeschäft, im Jahre 1931 ständig weiter gewachsen, sodass in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 = 63 % des Auftragseinganges der Maschinenindustrie ausschliesslich auf Ausfuhrgeschäfte beruhten. Dies zeigt die ausserordentliche Bedeutung der Auslandsmärkte für die Existenz der deutschen Werke und die Beschäftigung der Arbeitermassen.

Das Jahr 1931 brachte weitere Arbeitseinschränkungen. Obgleich am Ende des Jahres 80 % aller Arbeiter in Kurzarbeit standen, mussten in den noch in Betrieb befindlichen Werken die Belegschaften, die schon im vorhergehenden Jahr um 1/4 verringert worden waren, um weitere 25 % vermindert werden. Der an den geleisteten Arbeiterstunden gemessene Beschäftigungsgrad ging von 44 % der Sollbeschäftigung am Ende des Jahres 1930 auf 32 % am Ende des Jahres 1931 zurück.

Ueber die Aussichten wird gesagt, "dass die völlig ungeklärte aussen- und innenpolitische Lage naturgemäss den Absatz der Investitionsindustrien behindert, für deren Auftragseingang billiges Kapital und Vertrauen der Kundschaft in die allgemeine Lage eine wesentliche Voraussetzung bilden. Andererseits ist es für die Ueberwindung der Krise von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, bei den Investitionsindustrien einen besseren Beschäftigungsgrad zu erzielen, der sich dann durch Erhöhung der Kaufkraft der eingestellten Arbeiter und Angestellten befruchtend auf die gesamten übrigen Industrien auswirken würde."

SPD. Die jetzt beendeten Inventurausverkäufe haben durchweg einen starken Erfolg gehabt. Die Gewohnheit bürgert sich mehr ein, Käufe aufzuschieben und bei Inventurverkäufen um einiges billiger an die Ware zu kommen. So war das Weihnachtsgeschäft in diesem Jahr ausgesprochen schlecht. Die Käufer warteten den Inventurausverkauf ab, der allen Erwartungen übertroffen hat. Mengemässig dürfte der Umsatz auf der Höhe des Vorjahres liegen, wertmässig liegt er selbstverständlich darunter, weil sich die Preissenkung auswirkt. In den Lägern sind grosse Lücken entstanden, was natürlich den Industrien durch stärkeren Auftragseingang zugute kommen wird. Man muss sich aber darüber klar werden, dass nach dem Exzess der Kaufkraft während der Inventurtag die Käufer sich stark ausgegeben haben. Veranstaltungen wie die Weisse Woche dürften nicht viel Aussicht auf Erfolg haben, da der Bedarf z.T. bereits im Inventurausverkauf gedeckt ist.

Gekauft wurden vor allem Bekleidung, Woll- und Strickwaren, dann auch Unterkleidung, Trikotagen, Tisch- und Bettwäsche. Ein grosser Artikel waren Schuhe. Auch in Haushaltsartikeln scheint man gut abgeschnitten zu haben. Umgesetzt wurde auch viel Porzellan.

SPD. Die im Rahmen des Devaheimskandals vielgenannte Evangelische Zentralbank ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und verweist in einer Mitteilung darauf, dass sie für Zahlungen der Devaheim und der Deuzag, der beiden zusammengekrachten Bausparkassen, Gelder in Höhe von 800 000 Mark verauslagt habe; diese Vorschüsse seien nicht pünktlich zurückerstattet worden. Dadurch wäre eine "Lücke" entstanden. Man hoffe, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Evangelische Zentralbank, die der Inneren Mission, der evangelischen Kirche nahesteht, entfaltete besonders unter den mittelständkerischen Sparern eine lebhaft Propaganda. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Divisionspfarrer Irmer und stellvertretender Vorsitzender Pastor von der Heydt. Im Laufe der Zeit hat sich die Zentralbank zu einem Institut herausgebildet, durch das nicht unerhebliche Spargelder in der Industrie angelegt wurden. So wurden u. a. die Duxer Porzellan A. G. und die Striegauer Porzellan A. G. erworben. Stark sind auch die Interessen des Instituts im Terraingeschäft. Das Unternehmen ist u. a. an Berliner Grundstücksgesellschaften beteiligt. Es ist nun kein Geheimnis, dass der Zentralbank Industriekredite in grösserem Ausmass eingefroren sind. Eine Revision des Genossenschaftsverbandes - die Zentralbank hat die Form einer Genossenschaft - muss das bestätigt haben. Als im Zusammenhang mit dem Krach bei der Berliner Hausbesitzerbank bei allen mittelständkerischen Banken stärkere Abhebungen an Spargeldern erfolgten, erfüllte sich das Schicksal der Zentralbank, die den Auszahlungsanforderungen nicht mehr nachkommen konnte, und die sich jetzt mit dem Gedanken tragen soll, einen Vergleich mit ihren Gläubigern zu treffen.

Kleines Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 20. Jan.)

SPD. Im Laufe des Mittwoch vormittags kam an der Berliner Produktenbörse verstärktes Angebot an promptem Weizen heraus. Die Unternehmungslust hielt sich dagegen in engsten Grenzen, sodass teilweise etwas niedrigere Preise erzielt wurden. Später trat jedoch eine leichte Befestigung ein, sodass die Notierungen für prompte Ware wie auch am Markte der Zeitgeschäfte unverändert lauteten. Das Roggenangebot blieb weiter klein. Die Nachfrage der Mühlen hielt sich im üblichen Rahmen, sodass unveränderte Preise für prompte Ware wie für spätere Lieferungen erzielt wurden. Das Mehlgeschäft blieb sehr eingeschränkt. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Auch am Hafermarkt herrschte lustlose Stimmung. Bei knappem Angebot blieb auch die Nachfrage klein. Desgleichen hatte Gerste sehr ruhiges Geschäft.

	<u>19. Jan.</u>	<u>20. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	227 - 229	227 - 229
Roggen	197 - 199	197 - 199
Braugerste	160 - 170	158 - 168
Futter- und Industrierogerste	155 - 160	153 - 158
Hafer	136 - 144	136 - 144
Weizenmehl	27,50 - 31,15	27,50 - 31,25
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,00 - 29,25
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 243 $\frac{1}{2}$ -244-243 $\frac{3}{4}$ (Vortag 243 $\frac{3}{4}$), Mai 250-250 $\frac{1}{2}$ (250 $\frac{1}{2}$). Roggen März 210 plus Geld (210), Mai 214 $\frac{1}{2}$ (214), Hafer März 157-157 $\frac{1}{2}$ plus Geld (157 $\frac{1}{2}$), Mai - bis 165 plus Geld (-).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 20. Januar 1932.

Totenwache.^x

SPD. Die Erdachse muss sich doch wohl verschoben haben, meint der Grossvater. Damals, als wir jung waren (nichtwahr, Mutter?), da gab es noch richtige Winter hier im Westfälischen. Bis in den März hinein lag meterhoch Schnee. Wenn die Mömme backen wollte, mussten wir Jungens erst mit Schute und Schippe hinters Haus und den Ofen ausgraben. Die Hohlwege nach der Stadt waren ganz zugeweht. Selbst mit hohen Stiefeln kam man da nicht hindurch.

Im Krüge gab's Talglichter und Oel für die Lampen. Salz und Zucker wurden im Herbst auf Vorrat gekauft. Anderes brauchte man nicht. Auf der Räucherbühne hingen Schinken und Würste; Kartoffeln, Kohlköpfe und Steckrüben bewahrte man im Keller auf. Den Altvordern genügte es in der strengen Winterszeit, wenn am Sonntagmorgen die Glocken herüberschallten. Die Predigt dachten sie sich dazu. Nur wenn der Arzt oder der Pastor ins Dorf kommen musste, machte sich der Grossknecht von Holstens Hofe auf den Weg. Der hatte die längsten Beine.

Der Grossknecht von Holstens Hofe.... Er hätte vierzig Jahre länger leben können. So eine Geschichte.... so eine Geschichte....!

In der Abendzeit kam er, steif wie ein gefrorener Sack, aus der Stadt zurück. Dunnernochmal, da werden ein paar Schlücke aus des Kreugers Kümmelflasche gut getan haben! Die Wirtin legte schnell einige grosse Holzscheite in den Kachelofen und rückte die Holzbank nahe heran. Der Grossknecht zog sich die Stiefel aus und schüttete den Schnee mitten in die Stube, wo er bald zu Wasser wurde und in den breiten Fugen der Eichendielen versickerte.

"Noch 'nen Kümmel! - Noch einen! - Ah, das tut gut. Nach Holstens Hofe komme ich immer noch früh genug. Der Alte krakeelt nicht mehr; der ist ja nun tot. In der Stadt habe ich den Pastor bestellt. In der Küche musste ich warmen Kaffee trinken. Ein Schnaps wäre mir lieber gewesen. - Wirt! Kreuger! Noch einen! Aber erst 'n bisschen im Ofen anwärmen!"

Auf dem Heimwege (es waren kaum zweihundert Meter bis nach Holstens Hofe) lief er mehrmals in die Schneehaufen zur Seite. Der Kümmel war verdammt gut gewesen.

In der Kammer neben dem Pferdestalle, wo die beiden Knechte ihre Lagerstatt hatten (Betten konnte man die Strohsäcke mit den bunten Bezügen und den rauhen Pferddecke nicht nennen), ging es an diesem Abend hoch her. Der Grossknecht johlte und erzählte einen schlechten Witz nach dem andern. Auf der Handharmonika spielte er so laut, dass die Bäuerin kam und ihn mit derben Worten daran erinnerte, dass im andern Hause ein Toter auf der Diele läge.

"Schon gut! Schon gut! Wer wird denn diese Nacht wachen? So, der bucklige Schusterjunge... hm... Da werden wir uns mal einen Spass machen, aber einen tüchtigen! Hoho! Hör mal zu, August!"

Bis Mitternacht musste der Zweitknecht bei dem Toten wachen. Der Sarg stand mitten auf der Diele. Die kleine Oellampe auf dem Schemel warf gespensterhafte Schatten an die Kalkwände. Aus der offenen Stubentür kam nur ein schwacher warmer Hauch.

"Fass an, August! Aber leise, sonst wacht die Alte oben auf."

Sie nahmen den Toten aus dem Sarge und trugen ihn in die Stube. Das alte Ledersofa ächzte. Schon schlug draussen der Hund an. Der Grossknecht legte sich in den Sarg und zog das weisse Leinentuch über. - -

"Na, dann gute Nacht," sagte der Zweitknecht zu dem Schusterjungen.

"Bange bist du ja wohl nicht?" - Dann knirschten seine Schritte durch den Schnee.

Der Schusterjunge stellte den Schemel neben den Sarg, packte aus einem Sack Flickschuhe aus und spannte den Riemen übers Knie. Er zitterte. War es die Kälte?

Die grosse Stubenuhr holte zum zwölften Schläge aus. Da erhob sich die Gestalt im Sarge, langsam, geisterhaft....

Der Schusterjunge schlug mit dem breiten Hammer zur Seite: "Blüh lügen!"

In der Knechtekammer brannte die Oellampe herunter. Der Zweitknecht schnarchte. In der Morgenzeit fuhr er hoch. "Bist du es, August?" Keine Antwort. Ein Pferd hatte an die Balken geschlagen. - "August?"

Das Grauen sass in allen Ecken.

Nach drei Tagen begrub man Bauer und Grossknecht von Holstens Hofe.
Hans Heinrich Strätner

Mar del Plata.^x

Süd. Wenn in Mitteleuropa Ski und Bob, Rodel und Schlittschuh herrschen, rüsten sich unsre Antipoden zur Sommerreise. Lieblingsziel unzähliger Südamerikaner ist das schönste Seebad der atlantischen Küste, Mar del Plata, zehn Bahnstunden oder eine Dampfertagereise von Buenos Aires entfernt. Purpurnes Leuchten liegt im Sinken der Januarsonne über dem Rio de la Plata, wenn der schmucke Dampfer die Riesenstadt am ewig braunen "Silberstrom" verlässt. Über dem dunklen Striche der argentinischen Küste blüht ein orangeroter Horizont; die gegenüber liegende uruguayische Küste des hier etwa 50 Kilometer breiten Stromes ist nicht zu sehen. Im Kranze allerletzter Strahlen glüht die Sonne als weisse Scheibe. Wenn sie sich in kurzem Ruck der Sicht entzieht, leuchtet augenblicks in tieferem Glanze das Rosarot des Horizonts, eilen olivgrüne Schatten über die Wasser und löschen das Purpurblau. Bis der Mond als blanke, runde Scheibe unterm schwarzen Himmel hängt und den Weg des eilenden Schiffes umsilbert. Der Knauf des Flaggenmastes zeichnet unermüdlich dunkle Runen in dem lichten Streif.

Nun rollen breite Wogen an. Man spürt kräftigeres wehen als zuvor. Die Zunge merkt leichten Salzgeschmack. Das Schiff hat den Strom verlassen und steuert im Atlantik unter der Küste südwärts.

Morgenkühe treibt von Deck in die Kabine. Als man erwacht, jauchzt heller Sonnentag durchs Bullauge. Man blinzelt hinaus: da baut sich, weisschimmernd, noch ein paar Kilometer entfernt und doch zum Greifen nahe in der klaren Luft, das Ziel der Fahrt empor: Mar del Plata. Dann sitzt man in der Verbindungsbahn, die in einer halben Stunde nach der Stadt führt. Hässliche Wellblechbaracken: Wohnungen von Fischern, deren Fang die Hauptstadt ernähren hilft Magere Weiden. An der Strecke meterhohe Disteln, deren Blütenstände lächerliche Ähnlichkeit mit Ananas haben. Dann in allmählicher Steigung ein Riesenbogen, und die ersten Steinbauten tauchen auf. Ein primitiver Bahnhof, Gedränge und Koffergeplack. Eine gemütliche Pferdebahn schleppt die bescheideneren Reisenden die lange Avenida Pedro Luro entlang. Es ist, als wolle man das Bad vom Rücken her überfallen. Und es begibt sich das Gegenteil. Mar del Plata überfällt den Besucher selbst, überwältigt ihn.

In deutschen Seebädern sondert sich der Badegast, der Standkorbbesitzer Sandburgenbauer, Strandläufer erst einmal von den anderen ab. Er zieht Gräben um sein Revier, führt Wälle auf, lässt die Hausflagge vom hohen Maste wimpeln. In Mar del Plata erscheinen alle individualistischen Züge vollkommen ausgelöscht. Da reiht und drängt sich den ganzen Tag eine unübersehbare Menschenmenge, wird Privatleben ersetzt durch fröhliches Mitagieren in einem bunten Riesenschauspiel. Hier ist nichts, was einen Menschen oder eine Familie be-

reits auf den ersten Blick abgrenzt; alles lebt in einer bewegten, reizvollen Öffentlichkeit und mischt sich zu einem farbenfrohen Bilde.

In Form eines riesigen lateinischen W mit langem Schlussstrich läuft die Küste vom südlich gelegenen Hafen zur Felsennase des Kap Corrientes, die pompöse Playa (Strand) Bristol entlang bis nach den letzten Häusern im Norden. Steil stürzen Ausläufer der Sierra Tandil zum steinfreien Strande hinab. Senkrecht darüber, unmittelbar hinter der endlosen Wandelbahn, ist ein Gewimmel von Bars und Confiterias, Badebassins und Verkaufsstellen. Hunderte von Meter streckt sich die prunkvolle Säulenhalle der Rambla gegenüber dem doppelflügeligen Casino Bristol, dem Heim des Spielclubs General Pueyrredon. Auf der Wandelbahn, zwischen dichten Reihen heller Korbstühle, ist ein ewiges Kommen und Gehen der 25 000 Badegäste. Ganze Beete reizender Portennas, junger Mädchen aus Buenos Aires, blühen! Wenn die Eigenart der Nordamerikanerin am stärksten vielleicht beim Sport zum Ausdruck kommt: die Kreolin ist am schönsten, wenn sie schweigend ruht, nur mit Blicken spricht, mit lässiger Genugtuung die Schmeichelworte kecker Flaneure entgegennimmt.

In der mittaghellen Bucht kreuzen schneeweisse Kutter. Leise branden die breiten Wogen und zersprühen an dunklen Klippen. Wen es nicht hinauslockt, der findet Vergnügen bei behaglichem Schlendern. Zwar die Morgenstunde ist vorüber, da die Tausende aus den Kabinen der vielen Badehäuser an den Strand eilen. Aber um die gewaltige Pileta Lavorante, das grösste Schwimmbad Südamerikas, sammelt sich die Menge und jubelt den Siegern im Wettschwimmen zu. Längs der Mole eifrige Fischer. Fangbeglückte und Pechhänse feiern in der kleinen Bar an der Spitze des Stegs mit dem Cocktail del dia. Neben an Grandioso Concurso de Construcciones en la Arena (Wettbewerb in Sandbauten). Kanonenschläge verkünden den Beginn; den blassblauen Himmel entlang wehen ihre Wölkchen. Im Sande arbeiten hundert Kinder, um Preise zu verdienen. Tiere und Gärten entstehen; an Festungen und Burgen wie in deutschen Seebädern denkt hier kein Mensch! Die Kleinen blicken kühl in den Apparat des Verfilmers; ein paar Tage später sehen ihre Verwandten die Bilder befriedigt in den hauptstädtischen Kinos. In Südamerika ist das Kind eine kostbare, möglichst genaue Miniatur des erwachsenen Menschen. Im Ramblacafé sitzt eine Gruppe Zwölfjähriger, Knaben und Mädchen, ringgeschmückt, elegant. Sie bestellen mit Würde und schlafen mit Kennermiene ihren San Martin, einen süßen alkoholischen Mischtrank, und machen Konversation mit runden Gesten und dem eindringlichen Pathos der Erwachsenen. Am Nebentische rühmen die entzückten Eltern: "Qué vivo..." (wie lebhaft!)

Von der Galerie des Ozeanklubs klingt Tanzmusik. Zeitungshändler rufen die Morgenblätter aus. Kompagnien fliegender Photographen knipsen. Dichter drängt sich die Menge auf den Terrassen, in den Luxusläden. Man entflieht ihr, ruht in kühlem Zeltdachschatten am Strande und freut sich des weiten Blickes über die anrollende Flut und das weisse Villenviertel, das wie ein gut gemalter Bühnenhintergrund die Sicht begrenzt. So lange sitzt und sinnt man, bis man sich des Tanzturniers im "Bristol" erinnert. Hier zum ersten Male spüren wir etwas von gesellschaftlicher Schichtung und Abgrenzung: nur im Besitz der Mitgliedskarte eines Klubs hat man Zutritt zu den Veranstaltungen der Gesellschaft. Die Spielsäle des Clubs General Pueyrredon liegen in hellrotem Lichte. Hunderte umstehen schweigend die langen Spieltische. Vier- bis sechshunderttausend Pesos zahlt ein solcher Klub jährlich an Abgaben für das organisierte Glücksspiel; das private ist verboten. Aus dem fürstlichen Tanzsaale lockt Musik. Man nimmt den Tee, ein wenig müde von dem ewigen, echt amerikanischen Wettbewerb: in Kleidern, beim Schwimmen, im Sandbauen, Spielen, Tanzen. Hauptbrennpunkt des gesellschaftlichen Lebens ist der Club Mar del Plata, dessen massives Heim schräg gegenüber der Rambla aufragt. An manchen Abenden wimmelt es darin von mehr als zweitausend Menschen. Auf dem flachen Dache stand ich allein und genoss einen entzückenden Weitblick über die regelmässigen Manzanos, die Häuserblocks, nach den Wäldern des Tandilgebirges.

und die bewegte Fläche des Ozeans. Da erstanden vor meinem geistigen Auge andere Bilder aus dem Leben Südamerikas: jämmerliche Rantschos, in denen Millionen armer Menschen hausen, grauenhafte Mietskasernen, die berüchtigten Konventiljos, darin die Tuberkulose von Zimmer zu Zimmer schleicht, Schlaren enttäuschter Einwanderer, die vor den Konsulaten auf Rückbeförderung warten. Noch härter als bei uns prallen in Südamerika Elend und Luxus, Lebensnot und Lebensgenuss aufeinander. Die heute aufkeimende Verwirklichung sozialer Forderungen ist erst der Anfang einer notwendigen Wandlung der Gesellschaftsverfassung des gewaltigen Kontinents, die dann auch solche Naturschönheiten wie Mar del Plata den schaffenden Schichten zugänglich machen wird.

G.H. Neuendorff.

Buchstabenkoller.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Im Restaurant machte mich meine Frau auf einen Mann am Nebentisch aufmerksam. "Sieh nur, ist er nicht der vollkommene Bohemien?" fragte sie mich. "Sicherlich ein Künstler!"

Es war ein junger Mann in einer Samtjacke und mit wehender Künstlerschleife. Die interessante Blässe seines Gesichts stand in eigenartigem Gegensatz zu seinem tiefschwarzen langen Haar. "Schau nur, er schreibt etwas nieder", murmelte meine Frau. "Er ist bestimmt ein Dichter."

Ich betrachtete erneut den Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit. Er hatte Papier und Bleistift hervorgezogen und schrieb wütend darauf los. Dann hielt er für einen Augenblick inne, fuhr sich mit der Hand über die Augen und starrte auf die vor ihm stehende Flasche mit Suppenwürze. Schliesslich zerknitterte er mit einem unterdrückten Aufschrei der Wut das Papier, warf es weg, nahm seinen breitkrempigen Hut und eilte von dannen.

Kaum hatte er sich entfernt, als meine Frau das zerknitterte Blatt Papier vom Boden aufhob und glättete. Es trug folgende Inschrift: Lug-klug-Keule-Unke-Gnu-Leu-Ulk.

"Das ergibt keinen Sinn", bemerkte ich. "Das muss Lyrik sein." Aber die Augen meiner Frau wanderten suchend durch den Raum und blieben schliesslich an der Flasche Suppenwürze haften. "Gluncke!" rief sie triumphierend aus.

"Wie?!"

"Gluncke's Suppenwürze! Weissst du denn nicht? Sie geben demjenigen einen Preis von 50 000 Dollar, der die meisten Wörter aus den Buchstaben in dem Namen Gluncke bildet!"

"Ja, aber warum denn?"

"Darüber brauchst du dir nicht den Kopf zu zerbrechen. Bemühe dich lieber, die fünfzigtausend Dollar zu gewinnen!"

Dies war, geneigter Leser, der Anfang meines Zusammenbruchs. Auf dem Heimweg brachte ich allerlei seltsame Kehllaute hinter meinem Kragenknopfe hervor. Mein Nachbar in der Untergrundbahn setzte sich weg von mir: er argwöhnte, dass ich ein wenig um den Verstand gekommen sei. Aber ich versuchte bloss, ein neues Wort zu erfinden, das zur Mehrung des Ruhmes der Suppenwürze Herrn Glunckes beitragen sollte.

Indem wir die einzelnen Buchstaben auf kleine Stückchen Papier schrieben und diese tüchtig durcheinanderschüttelten, gelang es uns, ein Dutzend wortähnlicher Variationen über das Thema Gluncke zu schaffen. Die meisten schienen mir der Babysprache entnommen zu sein; aber meine Frau behauptete, dass sie mittelhochdeutschen Ursprunges seien.

Bald aber wandten wir uns anderen Zielen zu. Die Aufregung des grossen Schindler-Schuhpasta-Wettbewerbs liess und Glunckes Suppenwürze vergessen. Wir vernahmen die Einzelheiten aus unserm Lautsprecher, aus dem sie zwischen

zwei Bruchstücken aus "Tristan und Isolde" hervorsickerten. Demjenigen, der die grösste Zahl von Wörtern, gebildet aus den Buchstaben des Namens Schindler, einsenden würde, winkte ein Siegespreis in Gestalt einer Gratisreise nach Bayreuth. Natürlich würde man den Sieger nicht mit roher Gewalt zwingen, nach Bayreuth zu fahren; wemmer es vorzöge, könnte er auch zu Hause bleiben und sich auf seinen Lorbeeren ausruhen. Aber in jedem Falle würde der Name des Siegers an allen Strassenecken plakatiert werden als "derjenige, der die meisten Wörter aus dem Namen Schindler herausgeholt hat".

Es war eine Herausforderung. Meine Frau und ich machten uns sofort an die Arbeit und bemühten uns wochenlang im Schweisse unsres Angesichtes. Fast zu jeder beliebigen Tages- oder Nachtstunde konnte man uns murmeln hören: "Schild-Rind-Hilde-Reich-Linde-Schrei-Reis..." Unsre Wohnung war mit Papierstückchen mit geheimnisvollen Inschriften übersät. Noch vor fünfzehn Jahren wären wir als deutsche Spione verhaftet worden.

Um ein wenig Abwechslung in die Eintönigkeit unsres Daseins zu bringen, arbeitete meine Frau an einem Merkspruch für Bubblo-Seifenflocken (mit nicht mehr als dreissig Buchstaben). Er interessierte mich nicht besonders, da der Preis bloss in einer elektrischen Waschmaschine bestand. "Ich weiss wirklich nicht, welcher Spruch der beste ist", seufzte meine Frau. "Hier sind drei Möglichkeiten: Bublo macht die Wäsche rein - Bublo macht die Wäsche fein - Wer kann ohne Bublo sein? - Was hältst du davon?"

"Ausgezeichnet", stimmte ich zu. "Du brauchst nur noch "Hallelujah" am Ende hinzuzufügen und hast einen ausgezeichneten Niggersong... Aber was mir not tut, ist eine neue variation der Buchstaben des Wortes "Schindler". Ich habe bis jetzt nur 37 zusammenbekommen."

Doch wir natten bereits unsre Geisteskräfte erschöpft. Die Suche nach neuen Buchstabenzusammenstellungen lastet wie ein Alpdruck auf mir. Sobald mein Auge auf gedruckte Buchstaben fiel, rüttelte ich sie ganz von selbst durcheinander. Ich ertappte mich dabei, dass ich in den Zeitungen Meldungen über Manchina und Japuria las, und im Gasthaus bestellte ich so exotische Speisen wie Steefbeak mit gekratenen Bartoffeln und andre.

Als es immer schlimmer wurde, schickte mich meine Frau ins Bett und holte den Arzt. Der Arzt verschrieb mir vollständige Ruhe und einfache einsilbige Nahrung. "Es ist bloss Ueberanstrengung durch Teilnahme an diesen Wettbewerben", sagte er. "Sie haben einen geistigen Muskelkrampf. Halten Sie alle Lautsprecher und Zeitungen von sich fern, und Sie werden wieder gesund werden!"

Ich hielt mich genauestens an die ärztlichen Vorschriften und erholte mich tatsächlich. Aber es war eine ernste Lehre für mich gewesen, und ich hüte mich vor den Radiowettbewerben. Nur manchmal reisst mich noch mein alter Kampfgeist fort, und ich zähle die Punkte in einem Kreise zusammen oder stelle zerschnittene Portraits von Washington oder Hoover zusammen. Manchmal winkt ein Klavier oder ein sechsundfünfzigteiliges Teeservice als Siegespreis. Ich habe bis jetzt noch kein Klavier und auch kein sechsundfünfzigteiliges Teeservice gewonnen, aber ich werde stets mit ehrenvollen Erwähnungen in der Gewinnerliste bedacht. Einmal wurde mir sogar ein dritter Preis zugeeignet. Er besteht aus einem herrlich ausgestatteten Diplom - in grünen und schwarzem Druck mit einem purpurroten Siegel - und berechtigt den Inhaber bei Ankauf eines Klaviers zu einem Preisnachlass von fünfundzwanzig Dollar. Wer Lust hat, kann es in meinem Trophäenzimmer besichtigen.

(Autorisierte Uebersetzung von Leo Kerten.)

SPD. Je näher dem König, desto näher dem Galgen.

Schottisches Sprichwort.

Technik und Landschaft.^x

SPD. In erbittertem Kampfe mit den Kräften der Erde hat der Mensch die Landschaft umgestaltet. Aus der Naturlandschaft wurde die Kulturlandschaft, die bebaut, bepflanzt, gepflegte Acker- und Wiesenfläche. Das Aussehen der Erde änderte sich völlig durch den Menschen - aber in gleicher Masse änderte sich auch der Mensch. Eine weite Strecke musste er zurücklegen auf seinem Wege vom Urmenschen zum Kulturmenschen. Auch heute hat er noch nicht das Ziel erreicht, das wie eine Fata Morgana in weiter Ferne lockt und verschwindet, um von neuem aufzuleuchten, zu begeistern, Willen und Tatkraft zu entzünden. Die Umgestaltung der Erde und des Menschen - das ist die einzige, ungeheure Revolution, deren Zeugen alle Geschlechter gewesen sind, zu deren Mitarbeit aber auch die Menschheit der Zukunft berufen ist. An dieser grossen Revolution ist die Technik in hervorragender Masse beteiligt, und wenn hochstrebende Geister die Technik ablehnen, weil sie ihnen zu materiell, zu mechanisch erscheint, während sie selbst eine von aller Erdschwere befreite Weistigkeit erstreben, so mag darin eine Ahnung von höchstem Menschentum, das an Göttlichkeit grenzt, liegen. Und doch ist diese Kritik an der Technik einseitig, denn sie berücksichtigt nicht den Umstand, dass alles Geistige wider in irgend einer Weise mittelbar oder unmittelbar von materiellen Dingen beeinflusst wird. Diese Wechselwirkung aber muss begriffen werden, wenn technisches Schaffen Verständnis finden soll.

Durch technische Arbeit ist die Landschaft umgewandelt worden. Unwillkürlich sieht man im Geiste jene gewaltigen Pyramiden am Rande des ägyptischen Kulturlandes vor dem geistigen Auge auftauchen, jene riesigen Steinhäufen, die in mühsamer Froharbeit von Tausenden von Menschen in Millionen von Arbeitsstunden erbaut wurden, und die über Jahrtausende hinweg ein lebendiges Stück Vergangenheit mitten in unsrer Gegenwart sind. Hochwertige technische Leistungen waren es, die die weite Ebene des Euphrat und Tigris in ein fruchtbares Kulturland umgestalteten. In übermenschlicher Arbeit wurde das lebenspendende Wasser in zahlreichen Kanälen mit den primitivsten Hilfsmitteln, aber auch durch gut angelegte Staudämme durch das Land geleitet. Schleusen waren noch unbekannt, und an motorischer Kraft hatte man nur die der Menschen und Tiere zur Verfügung. Solange die in das weiche Erdreich gewühlten Kanäle erhalten blieben, blühte das Land in schier unerschöpflicher Fruchtbarkeit. Als die technische Arbeit jedoch eingestellt wurde, verfielen die Kanäle, und wo einst die nährenden Gärten der Semiramis blühten, da dehnt sich heute tröstlose Verlassenheit. Durch die Mittel-neuzeitlicher Technik jedoch könnte es gelingen, in verhältnismässig kurzer Zeit eine Wiedergeburt der einstigen Kulturlandschaft herbeizuführen.

Die geographischen Verhältnisse haben die Lebensgewohnheiten des Menschen bestimmt. In engstem Zusammenhange damit steht die Bearbeitung und Ausnützung des Bodens. So ist die einstige Urwald-, Sumpf- und Morrlandschaft der deutschen Tiefebene zunächst in eine weite Ackerlandschaft umgestaltet worden; so sind jene grossen Industrielandschaften am Rhein, in Westfalen und Oberschlesien entstanden, die heute als das Herz des industriellen Deutschland erscheinen; jene Landschaften, in denen Städte liegen, die überlagert sind vom Qualm zahlloser Schlote.

"Schwarze Stadt am schwarzen Gewässer, steil aufgebaut - grünbeliderte Fenster funkeln. Aus dem gespenstigen Schieferdachdunkeln schnellen Schornsteine, von Dampf und Dunst umbraust.

Hellwild rattert und knattert die Pendelbahn über Brücken und hagere Alléen. Fabrik dort unten, wo Spindeln sich kreisend drehen, ist grau wie ein müder, vermorschter Kahn."

So schildert der Arbeiterdichter Paul Zech diese Landschaften, die völlig umgeformt sind durch die Arbeitshand des Menschen, die nicht mehr wieder

zuerkennen sind, wenn man sie auf alten Bildern und Kupferstichen früherer Jahrhunderte abgebildet sieht.... Dieses Graue, Trübe, Enge war und ist auch heute noch für viele Menschen das Merkmal der Industrie in der Landschaft. Viele hassen die Technik ob dieser Farblosigkeit, weil sie glauben, dass sie unabänderlich mit ihr verbunden sei, und weil ihnen die Augen für den eigenen Reiz technischer Bauwerke noch nicht aufgegangen sind. Und doch zeigt diese Anschauung einen stark konservativen Einschlag. Gerade die Technik ist es, die ihre Unzufriedenheit mit früher geschaffenen Bauwerken dadurch beweist, dass sie heute, nachdem ihre Jünger sich frei gemacht haben von überlieferten Anschauungen und Formen, helle, freundliche Industriewerke schafft und dadurch das Antlitz der Landschaft verschönt. Diese neuen Bauten haben nichts mehr gemein mit jenen engen, niederen, verrussten Fabriken, die in früherer Zeit als selbstverständlich galten. Man bemüht sich heute, die technischen Bauwerke so zu formen, dass sie in der Landschaft nicht mehr stören, sondern als harmonisch empfunden werden. Schönheit und Zweckmässigkeit miteinander zu verbinden - das ist das Ziel moderner Technik.

Noch immer stehen freilich viele Bauten der Technik der Vergangenheit als abschreckende Beispiele in der Landschaft. In einigen Jahrzehnten zielbewussten Schaffens jedoch werden sie verschwunden sein. Aber wie die Technik den Anforderungen der Landschaft Rechnung tragen muss, so sollte sie auch den Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen, die tagaus, tagein im Dienste der Industrie arbeiten. Auf dem Wege zu diesem Ziele verbündet sich die Technik mit dem Sozialismus, der das Ziel verfolgt, dass in lichtvollen Räumen freie Menschen, nicht ausgebeutete Sklaven arbeiten sollen. Landschaft, Mensch und Technik zu unlösbarer, harmonischer Einheit verbunden: das ist Ziel und Aufgabe des sozialistischen Menschen, der in freiem Arbeitsbunde mit der modernen Technik steht.

W.M.

SPD. Eine sehenswerte Begegnung am Sternenhimmel.^x Ausserordentliche Ereignisse am Sternenhimmel brauchen nicht immer in Sonnen- oder Mondfinsternissen, in Sternschnuppenfällen oder Kometenerscheinungen zu bestehen. Auch im regelmässigen, alltäglichen Gange der Gestirne gibt es Konstellationen, bestimmte Gestirnstellungen, die das Auge des Laien auf sich lenken und für den Naturfreund einen ästhetischen Genuss bedeuten. Am 9. Februar, in unsern Breiten etwa 2 Stunden nach Sonnenuntergang, findet am westlichen Horizont solch ein seltenes astronomisches Ereignis statt. Die zunehmende Mondsichel befindet sich dann in allernächster Nähe des hell leuchtenden Abendsterns, des Planeten Venus. Die beiden hellen Gestirne werden wegen ihrer Nachbarschaft als eine auffällige Erscheinung den westlichen Himmel schmücken. Für den Sternfreund wird dieses Ereignis eine schöne Sternenstunde bedeuten, auf deren Genuss er bei klarem Wetter bestimmt nicht verzichten wird. Im Altertum und Mittelalter wurden ja gerade solche auffälligen Himmelserscheinungen häufig als Vorboten grosser weltgeschichtlicher Ereignisse angesehen. Der moderne, wissenschaftlich gebildete Naturfreund verweist natürlich diese auch heute noch stellenweise herumspukenden phantasievollen astrologischen Theorien in das Gebiet des Aberglaubens.

SPD. Der faule Mann ist des Bettlers Bruder.

Schottisches Sprichwort.

Preussischer Landtag

268. Sitzung.

SPD. Berlin, den 20. Januar 1932.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit den in letzter Zeit erlassenen Polizeiverordnungen.

Zur Verordnung des Innenministers über das Verbot nächtlicher Geländeübungen und Märsche vom 20. November 1931, die in der Zeit von 17 bis 7 Uhr Gelände- und Ordnungsübungen und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verbietet, erklärt

Abg. Fritzsche (Dnat), dass diese Bestimmung, die auf den ersten Blick etwas Gutes zu wollen scheine, durch das Verbot von Märschen in geschlossener Ordnung die politische Versammlungstätigkeit schwer beeinträchtige. Diese Beeinträchtigung wiege umso schwerer, als die Verordnung sechs Monate in Kraft bleiben solle und somit auch noch in die Zeit des preussischen Wahlkampfes falle. Die Verordnung enthalte zahlreiche Unklarheiten, so dass es den Anschein habe, als ob sie bewusst hineingebracht worden seien. Die kautschukartigen Ausführungsbestimmungen vermehrten nur die Rechtsunsicherheit und schufen die Möglichkeit zweierlei Rechtsanwendung. Die Behinderung nationaler Werbetätigkeit sei offenbar der Hauptgrund für den Erlass dieser Verordnung gewesen. Der Redner beantragt namens der deutschnationalen Fraktion die Aufhebung der Verordnung.

Abg. Kasper (Komm) spricht seine Verwunderung über die Ausführungen des Vorredners aus, der als Vertreter des "Stahlhelms" zu einer Kritik an der Polizeiverordnung wirklich keine Veranlassung habe. Man könne vielmehr eine mehr entgegenkommende Haltung der Polizei gegenüber den Faschisten feststellen.

Abg. Harnisch (Soz)

ist der Ansicht, dass, wenn die preussische Regierung wegen der letzten Polizeiverordnungen des Innenministers zu tadeln sei, sich dieser Tadel nicht darauf beziehen könne, dass die Verordnungen zu spät erlassen worden seien. Wenn die Kommunisten immer wieder dagegen protestierten, dass Nachtübungen der Faschisten nicht verhindert würden, nun aber gegen das erfolgte Verbot Sturm liefen, so sei das inkonsequent. Trotz des Verbotes nächtlicher Übungen habe die sozialdemokratische Presse über solche rechtsgerichteter Verbote in der Eifel und in Schlesien berichten können. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer strengeren Durchführung der Verordnung.

Zu dem blutigen Vorfall in Berlin-Reinickendorf gibt der Redner der Ansicht Ausdruck, dass es sich um einen wohlvorbereiteten Ueberfall von Nationalsozialisten auf die Kolonie Felseneck handele. Es müsse eine strenge Untersuchung erfolgen, wie trotz der Polizeiverordnung ein geschlossener Marsch von 200 Nationalsozialisten möglich gewesen sei. In den letzten Tagen sei in Berlin ein blutiger Ueberfall von Nationalsozialisten auf einen Polizeibeamten verübt worden, über den die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet gewesen sei. Der verletzte Polizeibeamte liege noch heute im Krankenhaus. Die angeordnete Ablieferung und das Verbot der Abgabe von Hieb- oder Stosswaffen an Personen unter 20 Jahre sei zu begrüßen.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbotes nächtlicher Geländeübungen und Märsche wird gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen abgelehnt. Die Verordnung selbst wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, ebenso, ohne Aussprache, die Verordnung gegen den Verkauf von Hieb- oder Stosswaffen an Personen unter 20 Jahre.

Inbezug auf die Beratung der Verordnung über den äusseren Schutz der Sonn- und Feiertage bemerkt

Abg. Dr. von Gersdorff (Dnat), dass an sich die Zusammenfassung des geltenden Rechts durchaus zu begrüßen sei. Bedauerlich sei, dass dem Personal im Verkehrsgewerbe nicht die nötige Sonn- und Feiertagsruhe gewährt werde.

Der Redner wendet sich dagegen, dass der Totensonntag und der erste Weihnachts- sowie der erste Osterfeiertag nicht mehr den gleichen besonders starken Schutz geniessen sollten wie bisher. Allgemein sei zu wünschen, dass alle Mitglieder der Bevölkerung die hohen Feiertage der Konfessionen gleichermaßen beachten.

Abg. Verhulsdonk (Ztr) begrüsst die einheitliche Regelung des äusserlichen Schutzes der Sonn- und Feiertage. Die Verordnung könne aber nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Es sei Sache aller christlichen Volkskreise, den Feiertag von selber zu achten und zu schützen.

Abg. Fladung (Komm) lehnt die Verordnung als Unterstützung der Reaktion und der Faschisten ab.

Abg. Meyer-Herford (Dvp) meint, dass der Bedeutung des Totensonntages nicht genügend Rechnung getragen sei; er hätte dem Karfreitag gleichgestellt werden müssen, ebenso wie es besser gewesen wäre, wenn der erste Weihnachtsfeiertag wie früher von Tanzbelustigungen freigehalten werde. Im Grossen und Ganzen könne man der Verordnung zustimmen.

Abg. Graue (Staatsp.) betont, dass nach Meinung seiner Freunde diese Polizeiverordnung im allgemeinen das richtige treffe und stimmt ihr zu.

Gegenüber dem Abg. v. Gersdorff (Dnat) erläutert ein Regierungsvertreter den Begriff der unmittelbaren Störung des Gottesdienstes durch öffentliche Aufzüge und sagt, dass nach Ansicht der Regierung der Schutz des Hauptgottesdienstes durch die Verordnung gewährleistet sei.

Die Verordnung wird durch Kenntnissnahme für erledigt erklärt und hierauf die Polizeiverordnung über die

Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlerstellen

beraten.

Abg. Weissermel (Dnat) unterstreicht die Notwendigkeit dieser Siedlungen, die jedoch ihrem Mann eine volle Ackernahrung bieten müssten. Die kleineren Siedlungen hingegen seien nur als zusätzliche Nahrung brauchbar. Der Redner tritt schliesslich für die Interessen der Kleinsiedler ein und befürwortet unter Zurückstellung einzelner Bedenken die Verordnung.

Abg. Bruhn (Komm) lehnt die Verordnung ab, weil sie nach dem Grundsatz der Arbeitsdienstpflicht erlassen sei und sich scharf gegen das Proletariat richte.

Abg. Hestermann (Wirtschpt.) bezeichnet die vorstädtische Kleinsiedlung als ein Experiment. In der augenblicklichen Notzeit wolle er sich nicht dagegen aussprechen, weil dadurch zahlreiche Erwerbslose Beschäftigung fänden. Grundsätzlich sei die Besiedlung des flachen Landes, besonders der östlichen Grenzgebiete und anderer dünn besiedelter Gebiete zu fordern.

Unter Ablehnung eines deutschnationalen Antrages, der Ausschussberatung verlangte, wird die Verordnung zur Kenntnis genommen.

Es folgt die Beratung der Polizeiverordnung über die Verwendung und Aufbewahrung von Röntgenfilmen in Betrieben des Gesundheitsdienstes und der Wohlfahrtspflege.

Abg. Freifrau von Watter (Dnat) macht auf die Gefahren aufmerksam, die mit der Lagerung und Verwendung von Röntgenfilmen verbunden seien. Hier seien strenge Vorschriften am Platze. Es würde einen grossen Fortschritt bedeuten, wenn es gelänge, feuersichere Röntgenfilme herzustellen. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit von Schutzmassnahmen bringe die Verordnung aber doch vielleicht in dieser Notzeit zu teure und komplizierte Vorschriften.

Durch Kenntnissnahme wird die Verordnung für erledigt erklärt.

Das Haus nimmt dann die Beratung eines gemeinsamen Antrages der Regierungsparteien vor, der die Möglichkeit, durch namentliche Abstimmungen im Landtag Obstruktion zu treiben, verhindern will. Während nach der geltenden Geschäftsordnung namentliche Abstimmungen in jedem Fall erfolgen müssen, wenn

30 Abgeordnete es verlangen, will der Antrag der Regierungspartei diese Muss-Bestimmung in eine Kann-Vorschrift umändern.

Abg. Schulz (Komm) erklärt, dass mit der Durchführung dieses Antrages die Opposition rechtlos gemacht würde.

Abg. Borck (Dnat) wendet sich gleichfalls gegen den Antrag, der die Rechte der Minderheit in diesem angeblich demokratischen Parlament mit Füßen trete.

Abg. Dr. Boehm (DVP) bezeichnet den Antrag als für die Regierungsparteier beschämend. Man wolle die namentlichen Abstimmungen vom Wohlwollen der Mehrheit abhängig machen.

Abg. Leinert (Soz) erklärt, die Parteien der Harzburger Front würden sich zwar keinen Augenblick besinnen, die Rechte der Minderheit zu vergewaltigen. Die Regierungsparteien wollten aber nur die Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit zum Wohle des Volkes verhindern. Er beantrage, den Antrag der Regierungsparteien dem Geschäftsordnungsausschuss zu überweisen.

Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Nach 18 Uhr vertagtes sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Anträge zur preussischen Notverordnung.
